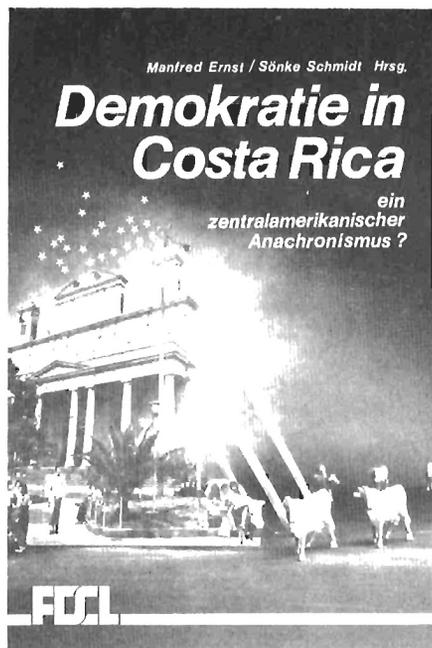


Manfred Ernst / Sönke Schmidt Hrsg.

Demokratie in Costa Rica

ein
zentralamerikanischer
Anachronismus?



Mit Beiträgen von:
Elke Demtschück, Elisa Donato, Manfred Ernst, Anke Kujawski, Manuel Rojas Bolaños, Sönke Schmidt, Gregorio Selser, Manuel Solís Avendaño, Marta Trejos, Patricia Vega, Frauengruppe Ventana, Jürgen Weller.

Costa Rica - vorgeblich neutrale "Musterdemokratie" Zentralamerikas - wird in die Destabilisierungspolitik der USA gegen Nicaragua einbezogen. Strenge Austeritätspolitik polarisiert die Gesellschaft in arm und reich. 70% der Bevölkerung leben unter der Armutsgrenze. Oppositionelle Forderungen werden zunehmend mit repressiver, autoritärer Politik beantwortet.

Berlin, 1986
DM 19,80

224 Seiten + 16 Bildseiten
ISBN 3-923020-07-4

In Ihrer Buchhandlung oder bei:
LN-Vertrieb, Gneisenastr. 2, D-1000 Berlin 61

LATEINAMERIKA nachrichten

13. JAHRGANG DER CHILE-NACHRICHTEN

Berlin (West)

Februar 1986

DM 4,50

145



Aus dem Inhalt:

EL SALVADOR:
Grünen-Delegation
berichtet
KUBA: Parteitag
NICARAGUA/COSTA
RICA: Das Mord-
komplott in La Penca
PERU: Izquierda Unida
bezieht Stellung
PARAGUAY:
Die 7 P's
SOLIDARITÄT: Dis-
kussion um Nicaragua

INHALTSVERZEICHNIS

Editorial	3
— MEXIKO: Devisen gehen vor	4
— EL SALVADOR: Aktueller Bericht der Grünen	9
— NICARAGUA/COSTA RICA: Das Mordkomplott von La Penca	24
— KUBA: Vor dem 3. Parteitag: »Renovation der Revolution«	29
— ECUADOR: Indiobischof Kandidat für Nobelpreis	36
Agroindustrielles Großunternehmen bedroht indianischen Lebensraum	40
— PERU: Die Izquierda Unida bezieht Stellung	48
— PARAGUAY: Paraguay und die 7 P's: pan, paz, progreso, no hay problema, presidente, promesas, a la pucha	52
— ARGENTINIEN: Rundreise der Madres der Plaza de Mayo	55
— KOLUMBIEN: Sprachlosigkeit gegenüber der Guerilla überwinden!	58
Brief aus Kolumbien	62
— SOLIDARITÄT: Stellungnahme	64
Bloß die Solidarität... ..	65
— BRD: Ende oder Wende für das Lateinamerika-Institut?	68
— REZENSIONEN: Frauenblicke	73
Die Pädagogik von Freire und Makarenko	75
Gewerkschaftsstudien	77
— ZEITSCHRIFTENSCHAU	79
— EINGEGANGENE BÜCHER	80
— TERMINE	80

Impressum
LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN
 Jahrgang 13 der CHILE-NACHRICHTEN
 erscheint monatlich
 (mindestens 11 Nummern pro Jahr)
ISSN 0174-6342

Redaktion: Redaktionskollektiv
 V.i.S.d.P.: Christian Klemke
 Druck: Movimento, Berlin-West
 Redaktionsschluß: 16. Januar 1986

Abo-Preise:
 Individuelles Abo DM 50,- / Übersee-Luftpost DM 70,-
 Institutionen-Abo DM 65,- / Übersee-Luftpost DM 85,-
 Das Abonnement verlängert sich jeweils automatisch, bis es ge-
 kündigt wird. Kündigungsfrist 1 Monat. Das Abonnement wird
 kalenderjährwise berechnet, angefangene Jahre anteilmäßig.
 Zahlung erst nach Erhalt der Rechnung, dann aber bitte gleich
 auf Postscheckkonto Berlin-West 662 83-103
**Zahlungen ohne Angabe der Rechnungsnummer können wir nur
 als Spende verbuchen.**

Adresse:
LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN
 Im Mehringhof
 Gneisenaustr. 2
 1000 Berlin 61
 Tel. 030/693 4029

Der Nachdruck von Artikeln aus den LATEINAMERIKA-
 NACHRICHTEN ist nur nach vorheriger Rücksprache
 gestattet.

Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 3 vom 1.3.1985

EIGENTUMSVORBEHALT
 Die Zeitschrift bleibt Eigentum der LATEINAMERIKA-
 NACHRICHTEN GbR, bis sie dem Gefangenen per-
 sönlich ausgehändigt ist. 'Zur-Habe-Nahme' ist keine
 persönliche Aushändigung im Sinne des Eigentumsvor-
 behalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht
 persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter
 Angabe der Gründe der Nichtaushändigung umgehend
 zurückzusenden.

Editorial

Der Sheriff ist wieder da. Er schnallt die Sporen um und prüft das Magazin seines Revolvers. Keiner hat ihn gerufen, und vielen ist nicht wohl bei seiner großspurigen Ankündigung, er werde mit den Banditen abrechnen. Aber er will law and order im Land, und da kann auf verschreckte Krämerseelen eben nicht immer Rücksicht genommen werden. Nur ärgerlich, daß er nicht genau weiß, wo die Banditen eigentlich stecken...

Weil Palästinenser Mordanschläge in Italien und Österreich verübt haben, will die US-Regierung Libyen bestrafen. Dort nämlich sollen die Terroristen in Camps ausgebildet werden. Nur eben: Man weiß nicht, wo sie sind, und ohne Ziele haben selbst hochmoderne Präzisionswaffen ihre Schwierigkeiten. Da hätte es die indische Regierung einfacher gehabt, als sie Sikhs für die Anschläge auf Verkehrsflugzeuge der Air India im vergangenen Jahr verantwortlich machte: Bald hatten Journalisten herausgefunden, daß Spuren von den vermutlichen Attentätern zu Trainingscamps führten, die "Vietnam-Veteranen" in der US-Provinz leiten und wo sie gelehrigen Schülern aus aller Welt ihr blutiges Handwerk beibringen. Auch den Nicaraguanern ist durchaus bekannt, wo die USA Anleitung, Ausrüstung und Ausbildung zum Terror geben und selbst auch zu diesem Mittel greifen. Aber wie wir wissen, geht es den US-Amerikanern ja um die Freiheit, und Aktionen gegen Libyen sind keine ökonomische oder militärische, sondern eine moralische Frage, so er US-Botschafter in Bonn, Burt.

Im Kampf gegen den Weltterrorismus muß die anscheinend bis in die Grundfesten bedrohte Großmacht USA dann auch schon mal Grundrechte einschränken (aber wehe, Nicaragua, dem ein realer Krieg aufgezwungen worden ist, tut Ähnliches!): US-Bürger dürfen jetzt unter Strafandrohung auch Libyen nicht mehr besuchen, wie Kuba-Reisen schon lange verboten sind. Das Recht auf Freizügigkeit, das immer ganz vorne auf der Liste der Vorteile des Freien Westens steht, reicht eben auch nur soweit, wie sie gewährt wird und verteidigt werden kann. Und hier ist die Verteidigung mal wieder nicht gelungen. Umgekehrt verkündet US-Außenminister Shultz, daß der McCarran-Walter Act, der die Möglichkeit zur Einreiseverweigerung für Ausländer in die USA gibt, sich nur gegen "Subversive", nicht aber etwa gegen Schriftsteller mit kontroversen Ansichten richtet. Dabei stellt sich dann heraus, was Dario Fo, Garcia Marquez und Graham Greene, die keine Einreisegenehmigung anläßlich der PEN-Tagung in den USA erhielten, für die US-Regierung sind.

In der bundesdeutschen Medienlandschaft wird jedoch - komme, was da wolle - nicht die Doppelmoral und die Legitimation der USA als Weltpolizist in frage gestellt. Man diskutiert hier vielmehr, was die Aufgaben der westeuropäischen Hilfssheriffs sind.

MEXIKO

Devisen gehen vor

DIE AUSBEUTUNG DER INDIOS AUF DEN TOMATENFELDERN IN NIEDERKALIFORNIEN

San Quintín, nur etwa fünf Fahrtstunden von der US-Grenze entfernt, im Nordwesten Mexikos, Bundesstaat Baja California. Durch Klimaveränderungen in den vergangenen zehn Jahren, die regelmäßige Regenfälle mit sich brachten, wurde aus der ehemals abgelegenen Wüstengegend ein Zentrum landwirtschaftlicher Großproduktion.

Der Ort San Quintín ist nicht mehr als eine Häuseransammlung am Rande der Straße, die durch den südlichen Arm Kaliforniens führt, links und rechts Tomaten, soweit das Auge reicht. Sie wachsen für den US-Markt. Vor einigen Jahren kauften ausländische Familien das Land oder mieteten es von Kleinbauern. Es entstand ein lukratives Exportgeschäft, das den Großgrundbesitzern nach offiziellen Angaben der Agrarbehörde 500 Millionen DM im Jahr einträgt. Die Namen der Abnehmer, also der US-Importeure, wurden nicht preisgegeben.

Die Tomaten werden mit der Hand geerntet, von etwa 45 000 Landarbeitern, die von den Unternehmern angeworben und nach San Quintín gebracht werden, Männer, Frauen und Kinder. Sie sind Bauern aus dem Zentrum und dem Süden Mexikos, Migranten, die ihr Land nicht mehr ernährte. Drei Viertel von ihnen sind Indios, hauptsächlich Mixteken und Zapoteken, sechs- bis zehnköpfige Familien aus dem Staat Oaxaca. Für die indianische Bevölkerung ist die Migration häufig der letzte Ausweg, um dem Hunger in ihrer Heimatregion zu entfliehen. Sie machen die 4000 Kilometer lange Reise in der Hoffnung auf Arbeit und Löhne, die das Leben sichern. In den Baracken-Camps von San Quintín endet dieser Traum, denn die Lebensumstände sind dort unzumutbar, die Arbeitsbedingungen verstoßen gegen alle Gesetze.

In etwa zwölf Siedlungen der gleichen Art leben die Familien in Hütten aus Blech und Plastik, die in langen Reihen angeordnet sind, bis zu 15 Personen auf 20 Quadratmetern, ohne Licht und Wasserversorgung. Sanitäre Anlagen sind Plastikverschlüge, in denen sich Latrinen befinden, für 10 000 Menschen gibt es einen Arzt. Es grassieren Krankheiten jeder Art, Bronchitis, Typhus und TBC. Vor allem Kinder sind davon betroffen, die aufgrund von Unterernährung an Grippe sterben können, viele erreichen nicht das vierte Lebensjahr. Das flache Land bietet keinen Schutz gegen

die sandigen Winde der Region, so daß fast alle Entzündungen der Haut und Augen aufweisen. Während der Arbeit versuchen die Landarbeiter, sich durch Tücher, die sie um den Kopf schlingen, gegen diese ständige Reizung zu schützen.



Der Waschplatz des Camps. Ein Wasserhahn versorgt alle Familien. Infolge von Überbeanspruchung herrscht zunehmend Wassermangel.

Die Besitzer lehnen jede Verantwortung ab. Sie betonen, daß ihre Unternehmen dem Fortschritt Mexikos dienen, indem sie Devisen erwirtschaften. Der Gouverneur von Baja California und die der Regierungspartei PRI (Partei der institutionalisierten Revolution) angeschlossenen Gewerkschaften drücken lediglich ihre Bestürzung darüber aus, daß "die Mixteken unter großen Opfern nach Baja California kommen, um dabei zu helfen, die Ernte einzubringen," und versichern, daß "sich in den letzten Jahren schon sehr viel verbessert" habe. Das gibt offenbar auch die Berechtigung, die Barackensiedlungen mit Stacheldraht einzäunen und von Aufsehern bewachen zu lassen. Nach 20 Uhr darf niemand mehr das Gelände verlassen.

Der kleine Ort San Quintín ist zu weit entfernt, als daß die Familien dort etwas einkaufen könnten. Sie sind auf fahrende Händler angewiesen, die die Situation der Indios als Einkommensquelle ausnutzen, oder müssen in den Läden der "Patrones" kaufen. Der

Lohn wird zum Teil in Gutscheinen ausgezahlt, die nur in den Läden der Besitzer eingetauscht werden können.

Frauen verdienen umgerechnet 35 DM pro Woche; auch für Männer liegt der Lohn weit unter dem gesetzlichen Mindestlohn von zehn DM pro Tag. Sozialversicherung, die Bezahlung gesetzlicher Feiertage und die Garantie von Urlaub und Erholungszeit gibt es nicht. Diese Grundrechte, die das mexikanische Arbeitsgesetz festlegt, werden mißachtet.

Die regierungsabhängige Gewerkschaft CTM (Confederación de Trabajadores Mexicanos) unterstützt die Tätigkeit der Patrones. Ein Aufseher, der uns während eines Besuches der Barackensiedlungen das Fotografieren verbot und Drohungen äußerte, daß man uns mit den Filmen nicht gehen lassen würde, ist Mitglied der CTM, wie viele seiner Kollegen. Die Gewerkschaft, die keine andere Aufgabe erfüllt, als die Arbeiter ruhigzuhalten, wirbt bei den Arbeitern massiv für den Eintritt in das Syndikat. Dabei erhält sie wiederum Unterstützung von den Großgrundbesitzern, die Extralöhne zahlen, wenn sich die Landarbeiter freiwillig als Mitglieder melden und an offiziellen Demonstrationen teilnehmen. An Streiks und politischer Organisation haben die Unternehmer kein Interesse, denn die Tomaten verderben sehr leicht, wenn sie nicht zur richtigen Zeit geerntet werden.



Baracken-Camp "El Papalote" (der Schmetterling)

Ende 1984 begannen die Arbeiter, sich gegen die Ausbeutung zu wehren und sich in einer unabhängigen Gewerkschaft zu organisieren. Am 30. September 1984 gründeten sie die "Central Independiente de Obreros Agrícolas y Campesinos (CIOAC) del Valle de San Quintín"; an der Versammlung nahmen etwa 8000 Landarbeiter und Landarbeiterinnen teil.

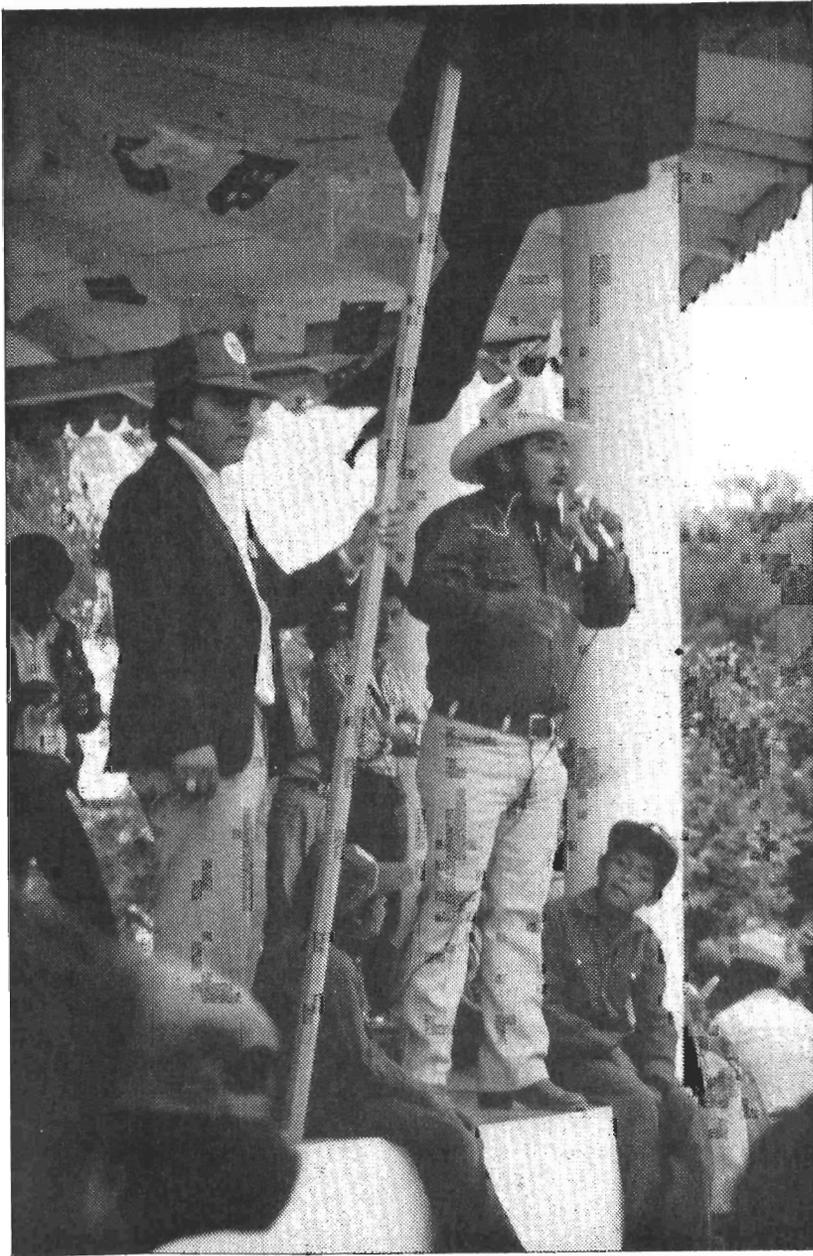
Die CIOAC ist eine Organisation, die seit langer Zeit auf nationaler Ebene Bedeutung hat und in den ländlichen Gebieten Mexikos viele Mitglieder zählt, vor allem auch in Chiapas, im Süden des Landes. Sie wird aber von den Behörden nicht als freie Gewerkschaft anerkannt. Trotzdem wird auch in San Quintín seit der Gründung versucht, die offizielle Registrierung zu erhalten, um dem Arbeitsrecht auf den Tomatenfeldern Geltung verschaffen zu können. Daran ist jedoch offenbar nicht zu denken.

Die CTM hat im letzten Jahr ihre Aktionen verstärkt und kann sich auf die Mitarbeit der Patrones verlassen. Arbeiter, die sich als CTM-Mitglied eintragen lassen, erhalten Sondervergütungen, denjenigen, die sich der CIOAC anschließen, droht Entlassung, was gleichbedeutend ist mit dem sofortigen Entzug der Lebensgrundlage. Die Indios haben daher kaum eine Wahl.

Anlässlich einer kürzlich Versammlung der CIOAC wurden sonntags doppelte Löhne gezahlt und die Arbeiter gezwungen, zu arbeiten, so daß an der Versammlung nur etwa 300 Personen teilnehmen konnten. So wird die Bewegung nach und nach geschwächt. Die CIOAC verfügt über keinerlei materielle oder finanzielle Mittel, um ihre Arbeit zu intensivieren. Es steht ihr lediglich ein Lastwagen zur Verfügung, um auf die weit voneinander entfernt gelegenen Gelände zu fahren und die Familien in den Baracken-Camps zu informieren.

Mitglieder der CIOAC und der sozialistisch-kommunistischen Partei Mexikos PSUM (Partido Socialista Unificado de México) versuchen, die Indios zu informieren, zu unterstützen und mit dem Notwendigsten zu versorgen. Vertreter der PSUM bemühen sich, auf offiziellem Wege die Wohnsituation zu verbessern, indem Kleinkredite für den Häuserbau beantragt werden. Die bürokratischen Verfahren sind umständlich und langwierig und stehen einer notwendigen schnellen Verbesserung der Lebensverhältnisse entgegen.

Seit einiger Zeit wird außerdem versucht, die Misere öffentlich zu machen. Die lokale Presse spricht von Konzentrationslagern, in denen die Indios leben würden und zwingt die Verantwortlichen zu Stellungnahmen. Die Regierung des Bundesstaates Baja California ergeht sich in Beteuerungen über Pläne und Vorhaben, mit denen die Lebensumstände der Betroffenen verbessert werden sollen. Mit keinem Wort wird erwähnt, in welchem Maße die Menschen ausgebeutet werden. Der Devisenhunger Mexikos, der durch die Sparauflagen des Internationalen Währungsfonds unermeßlich groß geworden ist, rechtfertigt in San Quintín offenbar alles.



Versammlung der CIOAC Anfang November 1985. Die Führer der Gewerkschaft versuchen, ihren Landsleuten Mut zu machen und sich gegen die Ausbeutung zu wehren.

EL SALVADOR

Aktueller Bericht von den Grünen

Die Grünen reisen gern und viel und schnell. Vom 28. 10. bis 5. 11. 1985 war eine Delegation in vier Ländern Zentralamerikas, in Guatemala, El Salvador, Honduras und Mexiko. Trotz dieser fast zu professionellen Hast kam ein sehr informativer und lesenswerter Bericht dabei heraus. Wir veröffentlichen im Anschluß das Kapitel über El Salvador.

DIE SITUATION DER MENSCHENRECHTE

Die Menschenrechtsorganisation der katholischen Kirche - Tutela Legal - konstatiert nach wie vor Ermordungen und Verschwindenlassen von Personen durch die Todesschwadronen, die mit den Sicherheitskräften verbunden sind. Obgleich die Zahl der Ermordeten niedriger ist als 1983 und im 2. Halbjahr 1985 ihren niedrigsten Stand hatte, steigt die Zahl der Opfer 1985 wieder an. Maria Julia Hernandez, die Leiterin des Büros, macht die Sicherheitsapparate hauptverantwortlich für die Menschenrechtsverletzungen. Stark verändert hat sich jedoch die Methode der Repression, die weitaus selektiver als früher geworden ist. Auffällig ist die steigende Zahl von Verhaftungen auf der legalen Basis des Dekrets Nr. 50 (Belange der Staatssicherheit). Dieses Gesetz erlaubt, Personen aufgrund des Verdachts der subversiven Tätigkeit 15 Tage in Haft zu halten, ohne daß Verhaftete einem Richter vorgeführt werden müssen. In diesen 15 Tagen werden fast alle psychisch gefoltert (z.B. Drohungen, stundenlange Verhöre, Schlafentzug etc) aber auch physisch gefoltert. Ein weiterer Anstieg der Repression sei nicht auszuschließen. Zur Zeit herrsche eine starke Spannung, vor allem nach der Entführung der Präsidententochter Ines Duarte. Vielen Verhafteten wird ein Geständnis abgepresst. Nach der Übergabe in ein 'ordentliches' Gefängnis verbessere sich die Behandlung.

Es existiere ein ständiger Austausch im Bereich Sicherheit zwischen El Salvador und Taiwan, Israel und den USA. Ob eine direkte Ausbildung von Angehörigen des Sicherheitsapparates in diesen Ländern stattfindet, ist nicht bekannt.

KRIEG - BOMBARDIERUNGEN

Die größten Menschenrechtsverletzungen werden laut Tutela Legal durch die Strategie der Kriegsführung seitens der salvadorianischen Streitkräfte verursacht. Die technologisch qualitativ gewachsene Ausrüstung der Armee, vor allem der Luft-

waffe, hat die Opfer unter der Zivilbevölkerung ansteigen lassen. Die neue von Duarte erlassene Reglementierung von Bombardierungen zum Schutz der Zivilbevölkerung (jede Bombardierung muß vom Generalstab der Armee genehmigt werden), von der uns der US-Botschafter und der Chef des Generalstabes, Blandon, berichtet haben, findet laut Frau Hernandez nur in städtischen Gebieten Anwendung. In den Konfliktzonen wird nach wie vor bombardiert, auch wenn die Zivilbevölkerung betroffen ist.

Die Aussagen der Regierung und der Armee, in den Konfliktzonen lebe keine Zivilbevölkerung, sondern nur die Guerilla, sei ebenso falsch. Ein Beweis dafür seien die zahlreichen Zwangsevakuierungen und -umsiedlungen, die die Armee in den Monaten April, Mai, Juni, Juli 1985 vorgenommen habe, vor allem in der Region um den Guazapaberg, nahe der Hauptstadt.



Die Propagandabehauptung der Regierung, sie bekämpfe den Terrorismus von Links und von Rechts, erweise sich angesichts der weitaus weniger vorkommenden Menschenrechtsverletzungen durch die Guerilla ebenfalls als falsch. Die Guerilla foltere keine Soldaten, mache aber durchaus Kriegsgefangene. Das Militär foltere keine Gefangenen, mache aber auch kaum Kriegsgefangene. Die Guerilla mache Entführungen und vereinzelt auch Hinrichtungen. Krasse Menschenrechtsverletzung sei die Aktion in der Zona Rosa gewesen (Ermordung von US-Beratern und Zivilisten). Auch die Entführung von Ines Duarte sei zu verurteilen, weil es sich um eine Zivilperson gehandelt habe. Sehr problematisch sei das Schießen auf Fahrzeuge bei Verkehrsverbot durch die Guerilla, zumal keine Ausnahme für Notfahrzeuge gemacht werde.

Auf die These des US-Botschafters, 80% der Menschenrechtsverletzungen gingen auf das Konto der Guerilla, entgegnete Frau Hernandez:

Die USA betreiben eine ungeheure Politisierung und Ideologisierung der Menschenrechtsfragen. In der Botschaft der USA arbeiten zwei Leute zum Thema Menschenrechtsverletzungen. Ob das die Quellen seien?

Die USA wenden eine bestimmte Erklärungsmethode in der Frage an, die dann zum gewünschten Ergebnis führe.

1. Todesschwadronen und Guerilla würden gleichgesetzt, was absurd sei. Gezählt werden nur die Ermordungen durch die Todesschwadronen, bei denen eine Erklärung durch sie abgegeben worden sei. Der Rest, und das sei der größte Teil, würde nicht gezählt.
2. Grundsätzlich zählen die USA keine Menschenrechtsverletzungen in Konfliktgebieten, was aber mit den größten Teil der Verletzungen durch das Militär ausmache. Die USA wollen die Zivilbevölkerung nicht benennen, weil sie die Genfer Konvention nicht unterschrieben haben, sich auch nicht daran halten. Der Faktor Menschenrechtsverletzungen des Militärs an der Zivilbevölkerung existiere bis auf 2 oder 3 Ausnahmen gar nicht. Militärische Ziele, die von der Guerilla angegriffen werden, werden als zivile umdefiniert und erscheinen in der US-Statistik. Genauso werden salvadorianische Soldaten in Uniform, die nicht unmittelbar im Dienst sind, da Wachablösung war, als Zivilpersonen betitelt, was absurd sei. Die meisten Beschuldigungen gegenüber der FMLN sind bloße Verdächtigungen. Die USA machen mit der Menschenrechtsfrage Propaganda, weil sie den Krieg gewinnen müssen.

Frau Hernandez wies noch auf die zahlreichen Einschüchterungen, Bedrohungen und Verhaftungen von streikenden Gewerkschaftern hin. Die Justiz nannte sie völlig korrupt. Viele Richter werden bestochen, damit sie politische Gefangene verurteilen.

Der Erzbischof Rivera y Damas zeichnete ein etwas positiveres Bild von der Menschenrechtssituation. Er nannte die Bemühungen der Regierung um Demokratisierung bewundernswert, ganz gleich, welches Motiv dahinter stecken möge. Die Quantität der Menschenrechtsverletzungen sei gesunken. Pro Woche gäbe es nur noch 1 bis 2 Fälle von Ermordungen durch die Todesschwadronen. Die Behandlung der Gefangenen hätte sich gebessert. Exzessive Ausschreitungen seien seltener geworden.

Besorgniserregend sei die Zunahme von Verhaftungen, wenngleich auch die Verhaftungen von Priestern abgenommen hätten. Die meisten Verhafteten werden jedoch wieder entlassen. Häufiger Anlaß von Beschwerden seien die Verhaftungen von Massen und die Bombardierung der Zivilbevölkerung. Durch das neue Reglement bei Bombardierungen hätte sich die Situation verbessert.

Besonders gefährlich sei die Eskalation der Gewalt nach Ereignissen wie dem Überfall auf die Zona Rosa oder der Entführung von Ines Duarte. Nach der Drohung der USA infolge des Überfalls auf die Zona Rosa, härtere Maßnahmen zu beschließen, sei er froh, daß sich die staatliche Reaktion vorwiegend auf Verhaftungen reduziert hat. Es hätte viel schlimmer kommen können. Die Androhung von Vergeltungsaktionen, wie es die USA gemacht haben, sei sehr gefährlich.

Auf unsere Frage hin, ob es Sinn mache, durch Schaffung von Öffentlichkeit über die Bombardierungen an der Zivilbevölkerung Druck auf die Regierung auszuüben, antwortete der Erzbischof: "Alles, was dazu dient, den Konflikt in El Salvador zu humanisieren, ist gut."

Der Chef der Nationalpolizei, Revelo, hat noch eine andere Version über die Situation der Menschenrechte. Laut des Polizeichefs geschieht das Vorgehen der Sicherheitskräfte im legalen Rahmen. Willkürliche Verhaftungen gäbe es nicht. Das Gesetz Nr. 50 (Staatssicherheitsfälle) sei ein spezielles Gesetz im Rahmen des Ausnahmezustands, bei dem die jeweiligen getrennt arbeitenden Organe der Ordnungskräfte (policia de hacienda - Steuer, guardia nacional - ländliche Gebiete, policia nacional - Stadt) überall und zu jeder Zeit aktiv werden können. Die Tatsache der ansteigenden Verhaftungen sei über das wachsende Rechts- und Demokratiebewußtsein zu erklären. Die Gesetze würden einfach konsequenter angewendet als früher.

Das Verhältnis von Verhafteten und wieder Freigelassenen beträgt etwa 50 zu 50. Er bedauerte sehr, daß es immer auch Unschuldige trafe, aber die Situation im Land zwingt die Polizei zu diesen Maßnahmen. Zum Thema Folter in den Gefängnissen, vor allem in den ersten 15 Tagen, sagte er, daß viele die nächstliegenden Verhöre als psychische Folter bezeichneten. Er gäbe zu, daß dies für die Betroffenen sehr unangenehm

sei. Für Fälle von physischer Folter, z.B. Elektroschocks wolle er Beweise haben. Wir hatten am Tag vorher ein Interview mit einem aus der Haft Entlassenen aufgenommen, der mit Elektroschocks gefoltert worden sei. Revelo antwortete, daß wir Verständnis für die Situation haben müßten und daß Veränderungen nur langfristig möglich seien. Auf unsere Nachfrage hin antwortete er, daß auch gegen Rechtsterror vorgegangen werde. Zur Zeit säßen drei Rechtsterroristen wegen einer Entführung in Haft. Auf die Frage, ob es nach wie vor geheime "Sicherheitshäuser" gäbe und ob deswegen den Verhafteten häufig die Augen verbunden würden, sagte er, es gäbe keine geheimen Orte der Polizei. Die Augen würden den Verhafteten zum Schutz der Polizisten verbunden, da viele Polizisten ermordet worden wären. Eine sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit internationalen Polizeikräften gäbe es nicht, auch nicht mit der BRD.

Auf unsere Bitte hin konnten wir mit einem Gefangenen einer kirchlichen Flüchtlingsorganisation reden, der am gleichen Tag entlassen wurde. Man hatte ihn am 25. 10. 1985, also vor acht Tagen mit einer größeren Summe Geldes verhaftet und ihm vorgeworfen, er arbeite mit der Guerilla zusammen. Der Gefangene hatte das Geld von der Bank geholt, um Sachen für seine Projektarbeit einzukaufen. Im Gespräch sagte er uns, er sei fast acht Tage ununterbrochen verhört worden, niemand sei zu ihm gelassen worden. Er war in einer psychisch miserablen Verfassung und machte sich große Sorgen um sein Kind und seine Frau. Die Mitarbeiter der Kirche hatten uns gebeten, nach ihm zu fragen, da keine weiteren Informationen über ihn zu erhalten waren. Bei seiner Entlassung hat die Polizei ihm einen Teil des Geldes wiedergegeben. Ob er seine Arbeit mit den Flüchtlingen fortsetzen wird, ist unklar.

Am Tag zuvor hatte die Delegation mit einem Entlassenen gesprochen, der Koordinator einer Selbsthilfegruppe in einem Slumviertel war. Man hatte ihn verdächtigt, mit der Guerilla zusammenzuarbeiten und ihn schwer gefoltert. Nach seiner Entlassung überlegte er sich, das Land zu verlassen. Die Arbeit in der Selbsthilfegruppe wollte er auf keinen Fall fortsetzen.

POLITISCHE GEFANGENE

Die Delegation sprach mit Vertretern der Organisation der politischen Gefangenen COPPES (comision de los presos politicos de El Salvador) im Mariona-Gefängnis (Männer). Die Anzahl der politischen Gefangenen hat sich im letzten halben Jahr fast verdoppelt, so daß zur Zeit ca. 600 politische Gefangene in Haft sind. Laut ihren Aussagen haben fast alle unter massivem Druck eine Art von Geständnis unterschreiben müssen, dessen Inhalt sie nicht kennen. Da sie auf der Grundlage des Dekrets 50 verhaftet wurden, ist anzunehmen, daß sie "gestehen", irgendeine Art der Verbindung zur Guerilla zu haben.



Der Sinn des Dekrets 50 ist laut der Gefangenen der, die Möglichkeit zu einer "Beweisführung" durch Folter und Druck in den ersten 15 Tagen zu haben, die eine gesetzliche Grundlage hat, von außen jedoch nicht eingesehen werden kann. Gerichtlich verurteilt werden nur vereinzelt Leute. Die Rechtsanwälte, soweit überhaupt vorhanden, können bei den Richtern nichts machen. Möglich sei der Freikauf in einigen Fällen, aber dafür fehlte das Geld. Der größte Teil der Gefangenen weiß nichts über seinen Fall und kann auch nichts machen, außer warten.

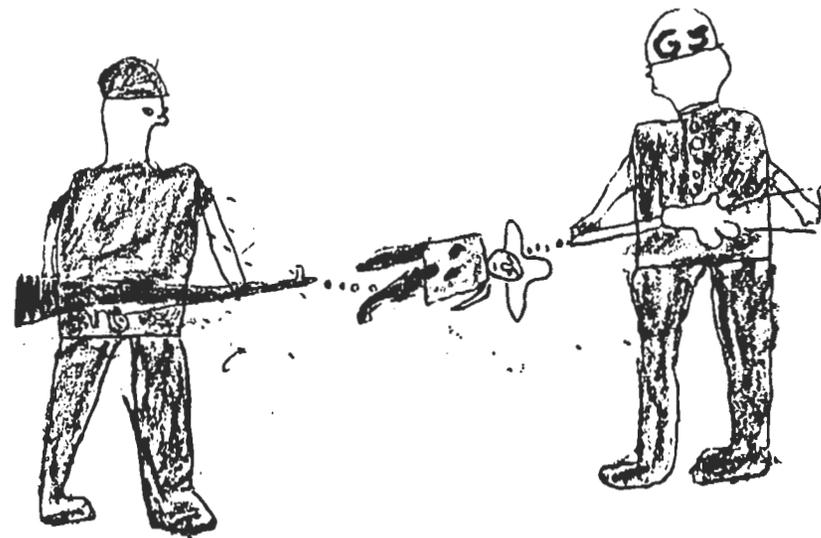
FLÜCHTLINGE

Der US-Botschafter Corr hatte uns gesagt, die starken Flüchtlingsströme im Land (geschätzt etwa 500'000 interne) seien ein normales Phänomen für Armut und Überbevölkerung. Das sei in allen Dritte-Welt-Ländern so. Blandon, Generalstabschef der Armee, erwähnte den neuen Plan zur Durchführung von Bombardierungen, nachdem zum Schutz der Zivilbevölkerung jede Bombardierung zentral genehmigt werden müsse. Nach wie vor bleibe es jedoch schwierig, eine Unterscheidung von Zivilisten und Guerilla vorzunehmen, da die Guerilla immer Zivilisten bei sich führe. Gemeint sind Köche und Ärzte etc. Daß die Ärzte, die bei der Guerilla arbeiten selbstverständlich keinen Status von Zivilpersonen haben, ist klar, also nicht das Problem. Es geht um die Bauern. Im Gegensatz zum Botschafter der USA leugnet Blandon allerdings nicht die Existenz

von aus den Konfliktzonen geflüchteten Bauern, da er von einem Plan des Militärs zur Rückführung der Bevölkerung in ihre Gebiete spricht.

Über die Lebenssituation der Flüchtlinge ergab sich in einem Gespräch mit Mitarbeitern einer kirchlichen Einrichtung, die in Lagern arbeiten, aber nicht genannt werden wollten, folgendes Bild:

Es gibt zwei Gruppen von Flüchtlingen: Leute, die Zeit hatten, ein paar Sachen mitzunehmen, siedeln sich in der Regel an den Stadtgürteln an und leben in Slums. Diejenigen, die nichts mitnehmen konnten, wegen Bombardierungen z.B., leben meistens in Camps. Das seien fast alles arme Bauern, die trotz der militärischen Auseinandersetzungen bis zum Schluß auf ihren milpas (Maisfeldern) bleiben, da es ihre einzige Existenzgrundlage ist. Es gibt eine starke Mobilisation unter den Flüchtlingen, da viele nach der Flucht vor Bombardierungen wieder nach Hause gingen, andere neu in die Camps kommen. Es gibt viele Organisationen in der Flüchtlingsarbeit. Das Militär kontrolliere Lager, US-Aid mache zusammen mit der Regierung Flüchtlingsarbeit, die verschiedenen Kirchen arbeiten ebenfalls in dem Bereich.



Kinderzeichnung aus einem Flüchtlingslager

In den kirchlichen Lagern sei der Einfluß der Militärs sehr gering, auch wenn immer wieder Militär ins Lager ginge und die Aus- und Eingänge registriert werden. Jugendliche seien kaum in den Lagern, da sie Angst vor Zwangsrekrutierungen haben. Wenn keine jungen Männer da sind, kommt es auch kaum zu Verhaftungen. Die kirchlichen Organisationen werden von der Regierung und dem Militär unter Druck gesetzt, indem zum Beispiel behauptet wird, die kirchlichen Lager seien eine *retaguardia* (Rückzugsort) für die Guerilla. Besorgniserregend sei, daß zunehmend evangelische Sekten mit Hilfe von US-Geldern versuchten, die Flüchtlinge zu kaufen und zu neutralisieren. Im Gegensatz zu den kirchlichen Lagern seien die Flüchtlinge, die am Stadtrand lebten, völlig ungeschützt. Die Regierung versuche dort, die kirchliche Arbeit zurückzudrängen und die Flüchtlinge unter ihre Kontrolle zu bekommen. Ein großes Problem seien die Zwangsrekrutierungen durch das Militär.

Der plan mil (Plan 1000) der militärisch kontrollierten Wiederansiedlung der Flüchtlinge mit Hilfe von US-Aid sei fehlgeschlagen. Angestrebt werde jetzt der Plan 500, wo 500 Familien in einem kontrollierten Dorf angesiedelt werden, weil so die Aktivitäten der Bewohner besser zu überschauen seien.

Für 1986 hat das Militär eine Gesetzesvorlage erstellt, die von der Regierung genehmigt werden muß, nach der alle Tätigkeiten im Flüchtlingsbereich vom Militär zentral koordiniert und kontrolliert werden sollen. Alle Mitarbeiter von privaten Organisationen sollen einen Ausweis vom Militär bekommen, also eine Zulassung zur Arbeit. Damit wäre eine private Flüchtlingsarbeit dann faktisch beendet. Die Kirchen wehren sich zur Zeit gegen diese Vorhaben. Der Plan sehe ebenfalls die Integration der Bevölkerung in den Dörfern in die militärische Verteidigung vor (zivile Verteidigungskomitees) und die Präsenz der Militärs in den Dörfern.

Ein Mitarbeiter einer US-amerikanischen Kirche, der seit mehreren Jahren in der Flüchtlingsarbeit tätig ist, berichtete, daß das größte Problem die Angst der Bevölkerung sei. Die Flüchtlinge haben häufig Angst, mit ihm zusammenzuarbeiten, weil das Militär sagt, er sei subversiv. Der US-Botschafter rät den US-Bürgern, mit dem Militär zusammen zu arbeiten, dann hätten sie auch keine Probleme.

Die Flüchtlinge behaupten gegenüber Außenstehenden stets, sie seien vor der Guerilla geflohen - aus Angst, sie könnten Schwierigkeiten bekommen. Er wisse von einzelnen bis ins Detail, daß sie vor den Soldaten geflohen seien, was sie aber niemals öffentlich zugäben. Das Schlimme sei, daß es kaum noch Selbstorganisationen gäbe. Jedes Komitee, das sich bildet, um Reparaturen vorzunehmen oder ähnliches, wird namentlich festgehalten, häufig von zivilen Verteidigungskomi-

tees, die die Liste an das Militär weitergeben. Da die Leute dies wissen, organisieren sie nichts mehr, denn Organisation ist immer verdächtig. Viele Menschenrechtsverletzungen auf dem Land werden nicht angezeigt. Es gibt häufig keine Meldungen über Verhaftungen oder Verschwundene seitens der Familie, da niemand als "Oppositioneller" in Erscheinung treten will. Früher gab es mehr Tote als heute. Heute machen die Leute nichts mehr, weswegen sie auch nicht ermordet werden müßten. Man weiß, man kann überleben, wenn man den Mund hält. Nach dieser Devise arrangiert sich der größte Teil der Leute.



Mit den Wahlen sei es das gleiche gewesen. Die Leute auf dem Land hätten oft nicht wählen wollen, aber sie hätten es gemacht, weil sie gefragt werden könnten. Sie wählen, weil sie nicht wissen, was passiert, wenn sie nicht wählen. Er hätte selbst mit einem Salvadoreaner einen Tag in einer Zelle gesessen, den sie gefoltert hätten, um herauszubekommen, warum der Salvadoreaner nicht gewählt hatte. Wer der Wahl fernbleibt, gilt als subversiv.

Der US-Bürger wollte nicht, daß sein Name genannt wird, da er vor drei Tagen von drei bewaffneten Leuten vor seiner Haustür bedroht worden war.

KONFRONTATION MILITÄR - GUERILLA

Der US-Botschafter Corr machte die Guerilla dafür verantwortlich, daß es noch keine Humanisierung des Krieges gibt. Er kritisiert vor allem die Sabotageaktionen als Terror und behauptet, daß der Guerilla die Unterstützung der Bevölkerung fehle. Bezüglich der Austauschaktion zwischen der Regierung und der FMLN (Ines Duarte und 20 Bürgermeister gegen politische Gefangene des Militärs) behauptete er, die Position Duartes sei gestärkt worden, da ihn das Oberkommando des Heeres bis auf eine Ausnahme unterstützt habe. Er bezweifle jedoch, daß es aufgrund der Verhandlungen in Panama über den Austausch jetzt bessere Voraussetzungen für die Wiederaufnahme des Dialogs gäbe. Die Möglichkeit sei sehr gering dafür. Er glaube auch, daß der größte Teil der mittleren Offiziere beim Militär nicht für den Dialog seien, da man durch die Beendigung des Krieges ihre Position schmälern würde. Sie bekämen dann weniger Militär- und Ausrüstungshilfe.

Eine Intervention seitens der USA in El Salvador schloß er aus. Wenn überhaupt eine Intervention stattfände, dann schon eher in Nicaragua, aber das sei auch unwahrscheinlich.

Bezüglich des Gerüchts, Ines Duarte habe sich über ihre Entführer wohl sehr positiv geäußert, erwähnte er, daß es nicht unüblich sei, daß bei entführten Personen das Stockholm-Syndrom auftauche. Genaues wisse er nicht. (Das Syndrom meint die Identifikation mit den Entführern). Riveras y Damas, der die Verhandlungen in Panama vermittelt hat, bestätigte zwei mündliche Übereinkommen zwischen Regierung und FMLN. Einmal den Ablauf und die Art des Austausches und zum zweiten eine Übereinkunft, daß in Zukunft keine Angehörigen von Personen des öffentlichen oder sonstigen Lebens mehr entführt werden. Die Abkommen von Panama binden sowohl die Regierung als auch das Militär. Duarte mußte gegenüber dem Militär die Konzession machen, keinen Austausch von 29 gefangenen Gewerkschaftern zu machen, was die FMLN zunächst gefordert hatte. Ungeklärt blieb auch die Frage, ob die ausge-

tauschten Bürgermeister wieder in ihre Dörfer zurückgehen könnten.

Anders als der US-Botschafter ist der Bischof der Meinung, daß die Panama-Gespräche durchaus wieder ein Anfang für einen Dialog sein können. Der Dialog sei notwendig und auch möglich.

Thema könnte die Humanisierung des Krieges sein. Die FMLN fordere die Anerkennung ihrer gefangenen Leute als Kriegsgefangene. Das Militär nennt die Gefangenen Terroristen, aber es sei ein Fortschritt, daß das Militär im Gegensatz zu früher wieder Gefangene macht.

Blandon bekräftigte uns gegenüber die Unterstützung des Militärs für Duarte beim Gefangenenaustausch. Nur Ochoa (Kommandant in Chalatenango) sei dagegen gewesen. Das Militär befürworte auch die Fortsetzung des Dialogs. Der Versuch der FMLN, mit der Entführung von Ines einen Keil zwischen Duarte und die Militärs zu drücken, sei fehlgeschlagen. Solange jedoch die FMLN keine politische Führung hat, weil die FDR praktisch nichts zu sagen hat, sei eine Fortführung des Dialogs wenig aussichtsreich. Die FMLN verlagere ihren Kampf jetzt zunehmend in die Städte und konzentriere sich stark auf die Gewerkschaften. Das Militär habe einen Plan gemacht, um den Krieg politisch zu wenden. Dabei soll allen wichtigen zivilen Institutionen eine wichtige Rolle beigemessen werden. Getroffen habe man sich bereits mit Gewerkschaften, Unternehmern, Regierung etc. Die Humanisierung des Krieges müsse die Basis für den Friedensanfang sein.

Die Gefahr einer US-Intervention bei gleichbleibenden Bedingungen bestehe nicht, da die Ausrüstung und Ausbildung der Armee sich enorm verbessert habe. Die USA wollten noch mehr Berater schicken, aber Blandon habe sie davon überzeugt, daß es so besser sei. Vor kurzem seien 10 salvadoreanische Offiziere in der BRD bei der Bundeswehr gewesen, die von dem Demokratiebewußtsein in der Bundeswehr beeindruckt gewesen seien. Solchen Austausch wünsche er sich häufiger.

Von Journalisten, Mitarbeitern der Universitäten und anderen erfahren wir anderes. Für jeden sei klar, daß der Krieg noch lange dauern werde. Die militärische Stärke der FMLN sei beachtlich, was auch den Meldungen der Presse über Aktionen im Osten des Landes, wo die Guerilla immer sehr schwach oder gar nicht präsent war, zu entnehmen ist. Der letzte große Überfall in La Union habe dem Militär einen großen Schrecken eingejagt. Verhandlungen laufen nur weiter, wenn die FMLN auch militärisch stark ist, ihren politischen Forderungen Gewicht zu verleihen. Die USA seien zunächst gegen Verhandlungen über den Gefangenenaustausch gewesen, hätten ihn jedoch dann toleriert. Bustillo, der Luftwaffenchef, und Ochoa seien stets dagegen gewesen. Die Rechte im Militär und ARENA mach-

ten gegen Duarte stark Stimmung, was wir in der Presse auch verfolgen konnten. Der Austausch wegen Ines Duarte (sonst wäre er nicht zustande gekommen) habe Duarte geschwächt, da er aus privatem Interesse der FMLN nachgegeben habe, was sehr deutlich geworden sei. Diese Schwäche muß jedoch nicht andauern, da die Tatsache von Verhandlungen zwischen Regierung und FMLN auch als Beweis gewertet werden kann, daß politische Schritte möglich sind. Eine solche Erkenntnis kann sich langfristig als positiv für Duarte gestalten. Der Ausgang der Entführung von Ines Duarte sei im Moment jedoch ein Gewinn für die FMLN. Was im Ausland vielleicht wenig beachtet würde, aber in El Salvador deutlich sei, ist, daß Ines Duarte eine führende Person innerhalb der Christdemokratie sei (Leiterin des christdemokratischen Radiosenders La Libertad, der von der Konrad-Adenauer-Stiftung unterstützt wird) und deswegen eine politische Person und nicht nur die Präsidententochter.

Die Streiks als Ausdruck der Unzufriedenheit nehmen sehr stark zu und deren politische Kontrolle durch die Regierung wird in Unternehmerkreisen sehr gerne gesehen, was für die Unterstützung Duartes durch die Unternehmer sehr günstig sei. Offen sei, welchen politischen Preis Duarte an das Militär zahlen muß, um sich für die Genehmigung zum Gefangenenaustausch erkenntlich zu zeigen.

DER REGIONALE KONFLIKT - CONTADURA-INITIATIVE

Vizeaußenminister Acevedo (Internationalismusekretär der PDC) machte Nicaragua für das Nichtzustandekommen der Unterzeichnung der Contadora-Akte verantwortlich. Contadora sei wichtig, um äußere Interventionen fern zu halten und die Region aus dem Ost-West-Konflikt rauszuhalten. Aber die ideologische Konzeption Nicaraguas einerseits und die Probleme auf militärischem Gebiet andererseits behinderte den Prozeß. El Salvador sei bereit, einen Teil seiner nationalen Souveränität aufzugeben, um sein demokratisches System verifizieren zu lassen. Man habe nichts zu verbergen. Aber Nicaragua wolle das nicht zulassen. Nicaragua wolle keine Demokratie, was den Friedensprozeß behindere. Das Argument von Nicaragua, gegen Manöver in der Region zu sein, sei unsinnig. Jeder könne Manöver im begrenzten Rahmen machen. Unter Lachen aller Beteiligten gestand er Nicaragua zu, auch Manöver mit der Sowjetunion zu machen. Der Einwand Nicaraguas, erst abzurüsten wenn die US-Hilfe für die Contra eingestellt würde, bedeute, daß Nicaragua ein Konzept verfolgt, in dem sich die militärische Stärke nach dem außerregionalen Gegner bemessen soll und nicht nach dem regionalen Kräftevergleich. Er wies darauf hin, daß El Salvador sich dann wie die SU und Cuba bewaffnen müßten, was absurd sei. Acevedo stellte in der Diskussion die Parallele zwischen der Contra und der FMLN her.

Eine engere Zusammenarbeit mit der EG sei positiv, auch um von der Ultrarechten in USA und den Marxisten-Leninisten unabhängiger zu werden. Zudem sei es sehr aussichtsreich, wenn die EG-Staaten nicht mehr einzeln wie jetzt auf Nicaragua Druck ausüben, sondern gemeinsam. Eine zusätzliche Vereinbarung zwischen den USA und der SU über die Entmilitarisierung in der Region könne hilfreich sein, wenn sie nicht öffentlich geschehe.

RESÜMEE

Es steht außer Frage, daß sich die Menschenrechtssituation unter der Duarte-Regierung verändert hat, aber es ist mehr als verantwortungslos, von einer sich ständig verbessernden Menschenrechtssituation in El Salvador zu sprechen. Der Erzbischof Rivera y Damas hat auf einer Pressekonferenz in Bonn gesagt, daß sich die Situation der Menschenrechte in El Salvador in den letzten Monaten sehr verschlechtert habe (SZ, 21.11.85).

Es wird zunehmend wichtig werden, auf den veränderten Charakter der Repression einzugehen, da darüber sowohl der Charakter der "Demokratie" von Duarte als auch das Ziel der Wahlen erklärt werden kann.

Die Menschenrechtsverletzungen stehen in engem Zusammenhang mit dem Krieg in El Salvador, die besondere Art der Repression ist Teil der Strategie der Maßnahmen zur Aufstandsbekämpfung. Wichtig ist festzuhalten, daß sich der Kampf gegen die Guerilla nicht nur auf die direkte militärische Konfrontation beschränkt, sondern wesentlich als quasi Präventivmaßnahme die Bevölkerung zu ihrem Gegenstand macht. Es geht darum, der politischen Opposition die Basis zu entziehen und die Bevölkerung von der Guerilla zu trennen (Bombardierung der Konfliktzonen) und die Bevölkerung dort, wo sie politisch oppositionelles Potential ist oder sein kann, unter die politische Kontrolle der Regierung zu bringen (Flüchtlinge, Gewerkschafter, Kirchen etc.). Durch Bombardierungen werden Flüchtlingsströme geschaffen, die anschließend unter militärischer, ziviler und politischer Kontrolle der Regierung wieder angesiedelt werden sollen. Nach Informationen aus El Salvador soll die Flüchtlingsarbeit der Regierung, die ein wichtiger Teil der counterinsurgency-Politik ist, forciert, effektiviert werden, wobei die privaten Organisationen der Flüchtlingsarbeit ebenfalls der staatlich-militärischen Kontrolle unterstellt werden sollen. Flüchtlingsarbeit in El Salvador ist damit weniger ein humanitäres Problem, als vielmehr eine hochbrisante politische Arbeit, die dementsprechend thematisiert werden muß. Nationales und internationales Engagement in der Flüchtlingsarbeit muß weit mehr nach ihrer politischen Intention begutachtet werden. (Das gilt eben auch für die Gelder der Bundesregierung in diesem Bereich.)

Die Zunahme der selektiven Verhaftungen von Gewerkschaftern, Mitgliedern von Basisorganisationen etc. zielt zum einen auf die politische Kontrolle der Akteure, zum anderen auf die Verbreitung von Angst, damit langfristig kein Engagement mehr zustande kommt. In einem so kleinen Land, wo zudem Interessenspolitik wieder langsam anfängt, sich zu artikulieren, haben ständige Verhaftungen von Akteuren sicherlich starke Auswirkungen auf eine sehr beschränkte Anzahl von Engagierten.

Daß diese Verhaftungen durch das Dekret 50 im Rahmen des Ausnahmezustands quasi auf legaler Basis stattfinden, ändert nichts an der Tatsache, daß die konkrete Vorgehensweise der Sicherheitskräfte Menschenrechtsverletzungen sind. Vielmehr verdeutlicht dieser Umstand, daß die neue Regierung im Unterschied zu früher einer politisch motivierten Repression eine staatliche Legalität verschafft hat.

Die Umstellung der Sicherheitskräfte und deren Reorganisation hat im Wesentlichen den Zweck, selektiver und damit effektiver gegen vermeintliche Oppositionelle vorzugehen, wozu eine staatliche Kontrolle über die Sicherheitskräfte notwendig ist. Auch wenn größere Massaker und schwere Menschenrechtsverletzungen durch den Sicherheitsapparat rückläufig sind, hat die bessere Kontrolle über sie nicht das Ziel, Menschenrechtsverletzungen nicht mehr geschehen zu lassen, sondern lediglich das Ziel, sie nicht ziellos geschehen zu lassen.



Es besteht die Gefahr, daß sich unter einer "demokratisch" legitimierten Regierung eine zunehmende staatliche Kontrolle über zahlreiche gesellschaftliche Bereiche entwickelt, die mit Hilfe legalisierter Repressionsmaßnahmen perspektivisch demokratische Entwicklungen verunmöglichen soll. Daß die politischen Hauptakteure des Staates dabei zum großen Teil die gleichen wie 1980 sind (Lopez Nuila, Vides Casanova) macht die ungeheure Flexibilität des jetzigen Regimes aus und auch die der politischen Hauptakteure. (Vides Casanova und Lopez Nuila waren immerhin Mitbegründer der Todesschwadronen, weswegen sie sich auch vorzüglich zu deren Umorganisation und besseren Kontrolle eignen.)

Im Rahmen der internationalen Öffentlichkeit hat die neue Strategie den Vorteil, daß der Krieg im Innern nach außen als sauberer erscheint, woran den USA sehr gelegen ist. Demokratie wird in der Regel daran gemessen, ob Wahlen stattgefunden haben und ob sich die Leichenberge verkleinert haben. Beides ist in El Salvador der Fall, wobei nicht zu vergessen ist, daß nach wie vor auch die Zahl der Opfer der Todesschwadronen erheblich ist.

Das Ziel der jetzigen Regierung ist jedoch keinesfalls die Herstellung der Demokratie, sondern vielmehr die Kontrolle der Demokraten zwecks Erhaltung des status quo. Soziale Reformen sind unter Duarte weder eingeleitet worden, noch zu erwarten. Die größte Quelle von Menschenrechtsverletzungen ist die spezielle Strategie der Kriegsführung des salvadorianischen Militärs. Die Bombardierung von Gebieten, in denen sich Zivilbevölkerung aufhält, macht den verstärkten internationalen Druck auf die Regierung, sie möge die von El Salvador unterzeichnete Genfer Konvention inclusive der Zusatzprotokolle einhalten, weiterhin notwendig.

Die Verhandlungen über den Gefangenen austausch zwischen Regierung und FMLN zeigen, daß offensichtlich Einigungen möglich sind, wenn die USA den Dialog und Verhandlungsprozeß nicht beeinflussen oder stören. Die Position El Salvadors zum Contadoraprozeß in Zentralamerika läßt allerdings wenig Hoffnung auf baldige Einigung der Betroffenen. Es ist eindeutig, daß u.a. El Salvador die Contadora-Initiative gegen Nicaragua benutzt, wobei die innenpolitische Situation Nicaraguas zum eigentlichen Gegenstand der Diskussion erhoben wird, was keineswegs die Intention der Contadora-Initiative war. Der Vergleich der nationalen Befreiungsbewegung FMLN mit der von außen initiierten und unterstützten Contra und damit in Konsequenz die Gleichsetzung der Situation Nicaraguas mit der El Salvadors bezüglich der äußeren Aggression, läßt nicht auf einen Einigungswillen El Salvadors gemäß der Contadora-Initiative schließen.

NICARAGUA / COSTA RICA

Das Mordkomplott von La Penca

Am 30.5.1984 wurde auf einer Pressekonferenz in La Penca, auf der nicaraguanischen Seite des Rio San Juan, ein Bombenattentat auf Edén Pastora verübt, dem 8 Personen (5 ARDE-Contras, 3 Journalisten) zum Opfer fielen. Während Pastora, der selbst verletzt wurde, den CIA verantwortlich machte, beschuldigten offizielle costaricanische Kreise und die dortige Presse sofort die Sandinisten. Später sprudelte noch eine Vielzahl von "sicheren Quellen", die u.a. die baskische ETA, Kuba und natürlich Ghaddafi - alle in Verbindung mit der FSLN - verantwortlich machten.

Etwa eine Woche nach dem Attentat war klar, daß der Täter mit einem gestohlenen Paß auf den Namen "Hansen" als Photograph zur Pressekonferenz mitgenommen worden war. Seine wahre Identität wurde offiziell nie bekannt - geschweige denn die seiner Hintermänner. Ein US-amerikanischer Journalist, der selbst bei dem Attentat verwundet worden war, hat zusammen mit einer Kollegin versucht, Täter und Hintermänner zu finden. In einer aufwendigen Recherche, in der sie ständig bewußt oder irrtümlich falsch gelegte Spuren trennen mußten, kamen sie zu den Ergebnissen, die wir hier in ihrer eigenen Zusammenfassung, ergänzt durch Details aus ihrem Text, dokumentieren. Wir stellen einen Abschnitt aus ihrem Bericht voran, der den politischen Hintergrund des Attentats beleuchtet.

DER HINTERGRUND DES ATTENTATS

"Am Vorabend der Pressekonferenz von Edén Pastora am 30.5.1984 befand sich die anti-sandinistische Revolutionär-Demokratische Allianz (ARDE) in ihrer tiefsten Krise. Der CIA hatte der Gruppe ein 30-tägiges Ultimatum gestellt, damit sie sich mit der Demokratischen Nicaraguanische Kraft (FDN), die in Honduras operiert, vereinigte. Zusätzlich wurde Pastora als ARDEs Chefkommandant und Führer der Revolutionären Sandinistischen Kräfte (FRS) vom CIA bedrängt, einen richtigen Generalstab zu bilden und seine militärischen Aktionen einer engeren CIA-Überwachung zu unterwerfen. Der CIA drohte, den Geldhahn für Pastora auf Dauer abzudrehen, falls ARDE und FDN sich nicht zusammenschlossen.

Laut ARDE-Quellen hatte der CIA im April 1984 die monatlichen Zuwendungen an die ARDE eingestellt und den costaricanischen Behörden grünes Licht gegeben, eine Razzia auf Pastoras Hauptquartier und andere geheime ARDE-Einrichtungen in Costa Rica durchzuführen. Dem Guerillaführer wurde mit deutlichen Worten gesagt, daß

er keine Wahl hätte, als eine Allianz mit der FDN zu akzeptieren.

Pastora mißachtete jedoch die Befehle des CIA, weil, wie er öffentlich bekundete, das FDN-Oberkommando von Somozisten gebildet wurde. Er sagte, daß er der Vereinigung nur zustimmen würde, wenn die bekannten Somozisten aus der FDN ausgeschlossen würden. Er wußte außerdem, daß die CIA-Bedingungen bedeuteten, daß er die alleinige Kontrolle über die Militäraktionen der ARDE verlieren würde.

Im Gegensatz dazu befürwortete Alfonso Robelo, ARDEs wichtigster politischer Sprecher und Führer der Demokratischen Nicaraguanischen Bewegung (MDN), die Einheit mit der FDN. Robelo war der wichtigste Geldbeschaffer der ARDE und die zentrale Kontaktperson zum CIA. Er ist außerdem ein Cousin des politischen Chefs der FDN, Alfonso Callejas. Nach den ARDE-Auskünften sollte gemäß dem CIA-Vereinigungsplan die politische Macht zwischen Robelo und Callejas geteilt werden, während die militärische Führung an einen der Kommandanten der FDN gehen sollte. Die FDN unterstützte die Vereinigung. Pastora wurde als wichtigstes Hindernis für eine einheitliche, effektivere Organisation angesehen, die erhöhte CIA-Unterstützung bekommen würde. Als die Krise sich zuspitzte, begannen die anderen ARDE-Führer und -Mitglieder, sich zwischen der Robelo- und der Pastora-Fraktion zu entscheiden. Alle sechs Organisationen, die die ARDE bildeten, spalteten sich über die Vereinigungsfrage.

Arde hat sich von dieser Krise nie erholt, die vom Attentat in La Penca, einer sandinistischen Militäroffensive gegen Pastoras Positionen und einem Beschluß des US-Kongresses gefolgt wurde, die verdeckte US-Hilfe für die Contras zu stoppen. Als der Kongreß im Juni 1985 beschloß, den Contras 27 Mio. Dollars für "humanitäre Hilfe" zu zahlen, wurde Pastora vom Geldsegen ausgeschlossen.

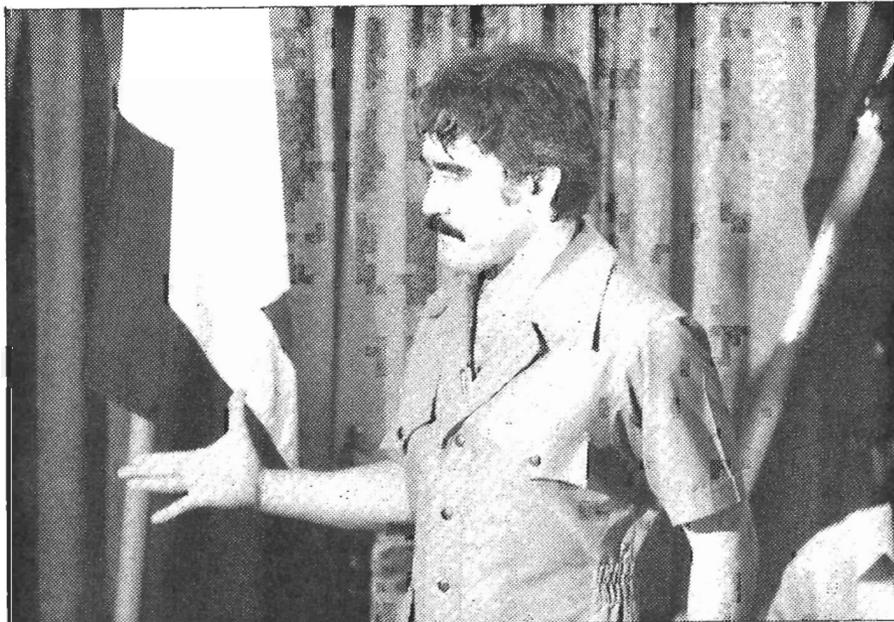
ARDE hatte vom CIA Geld, Ausrüstung und Training erhalten, noch bevor sie im April 1983 den bewaffneten Kampf begann. Aber diese Unterstützung war nie selbstlos. Gemäß Auskünften aus der ARDE koordinierten CIA-Leute die Logistik und das militärische Training der Gruppe und unterhielten ihre kleine Flugzeugflotte, die von El Salvador aus operierte. Bei verschiedenen Gelegenheiten war der CIA mit Pastora aneinandergeraten und hatte für kurze Zeit seine Unterstützung eingestellt.

Außerdem, so daher diese Quellen, war es eine der Bedingungen der verdeckten US-Hilfe, daß ARDE immer leugnete, solche Hilfe zu bekommen, und zwar teilweise, weil es die offizielle Begründung für die US-Hilfe für die Contras war, den Waffennachschub von Nicaragua zur salvadorenischen Guerilla zu unterbinden. Da ARDE im Süden kämpft, weit entfernt von El Salvador, hätte sie in keiner Weise behaupten können, den Waffentransport für die salvadorenische Linke zu kappen. Zum anderen wollte Pastora, der sich selbst

als "Demokrat" und "wahren Sandinisten" darstellt und die Unterstützung der liberalen Kräfte in Lateinamerika und Europa sucht, nicht öffentlich mit dem CIA in Verbindung gebracht werden. Erst in den Tagen vor dem Attentat, als der CIA-Druck seinen Gipfel erreicht hatte, gaben Pastora und seine Helfer indirekt zu, daß sie verdeckte US-Hilfe erhalten hatten. ... In einem Interview mit dem costaricanischen Radio Monumental sagte Pastora ... (am 23. Mai 1984): 'Es gibt starken Druck seitens des CIA. Und sie haben jede Hilfe für uns abgeblockt. In den letzten Monaten haben wir nicht eine Kugel und nicht ein Paar Stiefel erhalten, wir haben gar nichts erhalten.' In einem Interview mit dem Fernsehkanal 6, das ironischerweise Minuten vor dem Attentat ein zweites Mal ausgestrahlt wurde, sagte der ARDE-Kommandant, daß der CIA großen Druck auf seine Organisation ausübt, sich mit der FDN zusammenzuschließen. 'Aber,' fügte er hinzu, 'der CIA wird mich vorher töten müssen.' ... "

DIE ZUSAMMENFASSUNG DER ERGEBNISSE

Die Untersuchung zur Identifizierung des Täters und seiner Hintermänner "war extrem schwierig; behindert von falschen Fährten, gefälschten Dokumenten, diametral entgegengesetzten Theorien und Informanten, die nicht sprechen wollten oder - im Fall einiger Polizei- und Sicherheitsbeamter - für ihre Informationen bezahlt



Der Söldner als Opfer: Edén Pastora

Trotzdem haben wir die folgenden Schlußfolgerungen ziehen können:

1. Obwohl der Attentäter hinsichtlich seiner Aufgabe, Pastora zu töten, scheiterte, war die Operation selbst hochprofessionell, sorgfältig und über einen langen Zeitraum hinweg geplant, ausgeführt von einem erfahrenen, gut ausgebildeten Terroristen mit zahlreichen Komplizen.
2. So, wie der Mordversuch geplant war, waren die anwesenden Journalisten Opfer des Angriffs, Deckung für den Mörder und hinterher die ersten Verdächtigen.
3. Während ein Großteil der Pfscharbeit bei der Untersuchung des Attentats auf Rivalitäten zwischen den Behörden, mangelnder beruflicher Kompetenz und eine ideologische Tendenz zurückgeführt werden kann, die Linke zu beschuldigen, gibt es, wie auch in der Presseberichterstattung, Hinweise auf gezielte Irreführung. Wir haben erfahren, daß einige costaricanische Sicherheitsbeamte im voraus von dem Mordkomplott wußten und daß sie und andere später halfen, falsche Spuren zu legen. Weiterhin haben uns führende Sicherheitsbeamte erzählt, daß die Untersuchung in aller Stille gestoppt wurde, weil die Beamten den Zugang zu Informationen blockiert fanden und sie Todesdrohungen gegen sich und ihre Familien erhielten. Seit dem Beginn ihres Krieges gegen Nicaragua hingen ARDEs Operationen von der Mitarbeit strategisch platzierter Personen in der costaricanischen Regierung, den Sicherheitskräften und dem Privatsektor ab. Obwohl viele costaricanische Beamte versuchen, die offizielle Neutralität des Landes zu bewahren, haben andere aus ideologischen oder finanziellen Gründen die Nutzung des Landes als rückwärtige Basis für den Krieg der Contra gegen die Sandinisten ermöglicht.
4. Die US-Botschaft in Costa Rica handelte nachlässig, obwohl beim Attentat US-amerikanische Journalisten und solche, die für US-Medien arbeiteten, getötet oder verkrüppelt wurden.
5. Die Presseberichte der Tage nach dem Attentat beinhalteten falsche und zum Teil bössartige Geschichten, die unschuldige Leute betrafen und jede ernsthafte Nachforschung seitens der Presse von den wichtigen Spuren ablenkten. Es gibt Hinweise, daß die Presse sowohl in Costa Rica als auch in den USA als Instrument für eine wohlorganisierte Vertuschung benutzt wurde.
6. Der Mörder war ein rechter Libyer, den seine Gefährten als Amac Galil kannten. Er wurde Anfang 1984 in Chile für das La Penca-Unternehmen von zwei FDN-Offizieren und einem CIA-Agenten angeheuert, der sich als Journalist tarnte. Er war hochprofessionell und wurde als Libyer als für die Aufgabe ideal angesehen: Falls er getötet, gefangen oder sonstwie identifiziert werden würde, so dachte man, würde angenommen werden, daß er für Oberst Muamar Ghaddafi arbeitete.

7. Die Hintermänner des Attentats stammen aus dem CIA, den Contraorganisationen MDN und FDN und der kubanisch-amerikanischen Gemeinde in Miami. ... Auch wenn klar ist, daß die Sandinisten Motive und auch die Mittel hatten, Pastora zu töten, haben wir keine konkreten Hinweise dafür gefunden, daß sie für La Penca verantwortlich waren. Ebenso wenig haben andere Journalisten, costaricanische Untersuchungsbeamte oder Pastoras Flügel der ARDE solche Hinweise gefunden.
8. Das Attentat war eine rechte Verschwörung, für die die Sandinisten verantwortlich gemacht werden sollten. Ihr Ziel war es erstens, Pastora zu töten, der von vielen seiner Gegner als verkappter Kommunist sowie als Haupthindernis für die Einheit der Contra und eine Erhöhung der US-Gelder angesehen wurde. Zweitens ist es wahrscheinlich, daß das Attentat die Spannungen zwischen Costa Rica und Nicaragua erhöhen und so die Grundlage für den Aufbau einer FDN-Armee an Nicaraguas Südfrente und einen koordinierten Zwei-Fronten-Krieg gegen die Sandinisten schaffen sollte. Drittens sollte das Attentat durch die Tötung und Verstümmelung von Journalisten Presse und öffentliche Meinung gegen die nicaraguanische Regierung aufbringen.
9. Die Gruppe, die das La Penca-Attentat verübte, ist weiterhin in Freiheit und intakt. Sie plant neue terroristische Anschläge in Honduras und Costa Rica. Wie La Penca sind diese Anschläge so geplant, daß der Verdacht auf die Sandinisten und befreundete linke Organisationen fallen soll.
10. Fast 1 1/2 Jahre nach dem La Penca-Attentat blockierte die US-Botschaft in San José weiterhin aktiv die Bemühungen der costaricanischen Regierung, das Verbrechen aufzuklären."

KUBA

Vor dem 3. Parteitag: »Renovation der Revolution«

"Ich glaube, in letzter Zeit erlebten wir zwei wahrhafte Revolutionen: eine im Bereich der Verteidigung, die andere im wirtschaftlichen Bereich," hielt Fidel Castro vor gut Jahresfrist vor der "Asamblea Nacional", dem Landesparlament fest. Von einer "Renovation der Revolution" schreibt "Le Monde Diplomatique".

Kein Zweifel, mit dem 3. Parteitag der Kommunistischen Partei Kubas vom 4. bis 7. Februar 1986 werden bedeutende Änderungen in Kubas Entwicklung festgeschrieben. Zahlreiche Umbesetzungen höchster Ämter zeugen davon. Die sich zur Weltpresse zählenden Blätter sprechen von Säuberungen und spekulieren, ob und wie weit sich Fidel Castro von der Sowjetunion lossage.

Zeichen markanter Änderungen sind auffallend häufige Umbesetzungen höchster Ämter. Kurz vor Jahresende wurde Gesundheitsminister Sergio del Valle, revolutionärer Kampfgefährte der ersten Stunde, ersetzt. Anfang Dezember hatte der 'Consejo de Estado' (Staatsrat) Innenminister Ramiro Valdés durch seinen bisherigen Stellvertreter ersetzt. Valdés, auch er ein Kampfgefährte Castros beim Angriff auf die Kaserne von Moncada im Jahre 1953, wurde die Leitung der elektronischen Industrie übertragen. Seinen Sitz im Politbüro und im Zentralkomitee der Kommunistischen Partei behielt er bei. Gegenüber "Informe latinoamericano" sagte ein offizieller kubanischer Sprecher, die alten Guerillakämpfer sollten "von den belastenden Ministerpflichten befreit werden, damit sie sich mehr den Aufgaben im Politbüro widmen" könnten.

Schon Mitte 1985 wurde der Vizepräsident des Staatsrates und des Ministerrates, Guillermo García vom Transportministerium befreit. Humberto Perez Gonzalez, Planungsminister, Vorsitzender der "Junta Central de Planificación" und Nummer zwei des Kabinetts äußerte sich noch im März 1985 in "bohemia", einer kubanischen Wochenzeitschrift, kritisch über Planungs- und Organisationsfehler der Vergangenheit. Kurz darauf trat er zurück. Vor Jahresfrist gab es Umbesetzungen im ideologischen Bereich zu verzeichnen. Unter anderem wurde der Sekretär des Politbüros, Antonio Perez Herrero abgesetzt. Herreros bisheriger Verantwortungsbereich, nämlich Propaganda, Erziehung, Kultur, Radio, Fernsehen, Presse und Sport wurde neu auf

fünf Personen aufgeteilt. Ein in der "granma", der offiziellen Parteizeitung, am 1. 2. 1985 veröffentlichtes Comunicé bezichtigte Herrero des "Ungenügens und der wiederholten Fehler, begangen in Ausübung seiner Pflichten, die er nicht zu korrigieren wußte, trotz mehrerer Rügen". Ignacio Ramonet interpretierte in "Le Monde Diplomatique" (September 85) Herreros Fall vor allem als ein "Zurückweisen einer dogmatischen, liturgischen und rituellen Konzeption des Marxismus". Bereits ortet er erste Früchte des "ideologischen Auftauens": das kulturelle Leben und der künstlerische Ausdruck erlebe einen zweiten Aufschwung.

NZZ: "TROPISCHE SCHLAMPEREI"

Anders spekuliert das ehemals liberale Aushängeschild der NZZ-Auslandsredaktion, Christoph Mühlemann. Er räumt zwar ein, daß "nicht alle feststellbaren personellen Veränderungen als 'gegen den Kreml gerichtet' eingestuft werden können". Trotzdem sieht er in ihnen den Ausdruck einer "Mißstimmung zwischen Gorbatschow und Castro" und einer gewissen antisowjetischen Tendenz. Mühlemann nimmt als "ziemlich sicher" an, daß "aus Moskau ein deutlicher Ordnungsruf nach Havanna ergangen" sei. Gorbatschow, im eigenen Hause engagiert gegen "Fehlplanung, Korruption und Schlendrian", habe vermutlich "wenig Neigung zur Tolerierung der 'tropischen Schlamperei' auf Kuba". Auf Kuba lächelt man ob solcher "tonterías", Dummheiten. Bereits vor jahresfrist kommentierten kubanische Verantwortliche für Wirtschaftsfragen Gorbatschows Reformmaßnahmen mit den Worten: "Procede como los Cubanos" (Er handelt wie die Kubaner.)

VON DEN "FUERZAS ARMADAS" ...

Welches sind denn diese Veränderungen, die Kuba seit den frühen Achtziger Jahren vollzieht, und welche die "Kubanologen" zu Spekulationen verführen?

Wohl am weitesten fortgeschritten sind die militärischen. Kuba fühlt sich militärisch bedroht, seit jeher, besonders stark jedoch seit Ende der Regierungszeit von US-Präsident Carter. Große US-Manöver in der Karibik, die Geisel-Affäre von Teheran, die harten Worte der neuen Regierung Reagan, deren bedrohliche Haltung gegenüber Polen und Afghanistan und erst recht dann die Invasion Grenadas führten zu einem Überdenken der Verteidigungsstrategie Kubas.

Überkamen die Kubaner plötzlich Zweifel, ob die Sowjetunion willens und fähig wäre, die Sicherheit Kubas zu gewährleisten? Jedenfalls stellten die militärisch Verantwortlichen Kubas in Frage, ob die Übernahme der sowjetischen Militärstrategie für die Insel überhaupt zweckmäßig sei. Bislang waren die "Fuer-

zas Armadas Revolucionarias" in bezug auf Organisation, Ausbildung, Bewaffnung, Taktik, Strategie, ja sogar bei den Uniformen weitgehend auf das sowjetische Vorbild ausgerichtet gewesen. Angesichts der Tiefe und Unermesslichkeit des sowjetischen Raumes für die kleine karibische Insel "ein wahrlich exotischer Krieg", frozelt Ignacio Ramonet in "Le Monde Diplomatique".

... ZURÜCK ZUM VOLKSKRIEG

"Seit jenen Tagen, wo die Verteidigung des Landes ausschließliche Aufgabe der Armee schien, bis heute gab es einen enormen Wechsel", erklärte Fidel Castro vor Jahresfrist. "Wir haben zwar die Bewaffnung verdreifacht, aber die Verteidigungskraft ist um das Zehnfache gestiegen ... Wir haben jetzt eine außerordentliche Verteidigungsbereitschaft erreicht. Alle sind organisiert, das ganze Volk, die Fabriken und Betriebe, die Partei, die Massenorganisationen. Wir teilen das ganze Land in Verteidigungszonen ein, jeden hintersten Winkel des Landes, in den Ebenen und in den Bergen ..."



Gegenüber einem Journalisten der "Washington Post" erklärte Fidel Castro im Februar 1985, die Verteidigung Kubas könne nicht auf dem Engagement anderer Staaten beruhen. Die Verteidigung "unseres Landes obliegt unserem Volk. Ein Land ist unabhängig, wenn es sich allein verteidigen kann".

"FÜR ALLE EINE WAFFE UND EIN UNTERSTAND"

Bereits am 26. Juli 1984 konnte Fidel Castro verkünden: "In Rekordzeit haben wir eine halbe Million neuer Kämpfer, Männer und Frauen, ausgebildet und organisiert. Die neuen Milizen der Territorialtruppen umfassen 1'200'000 Männer und Frauen ... Wir trafen alle notwendigen Vorkehrungen; 18'000 Menschen und 3'500 Maschinen standen ständig im Einsatz. 15% der Zementproduktion wurden für Verteidigungsanstrengungen verwendet..."

Vorbilder für das "Zurück zum Volkskrieg" gegen mögliche Aggressoren von außen holten sich die einstigen Guerilleros beim sowjetischen Abwehrkampf gegen Hitlers Armee, im jugoslawischen Widerstand, in Vietnam, El Salvador, bei den Sahräuis.

"... LEBTEN WIR IN HAITI ..."

Kaum war die Umkrempung des Verteidigungswesens vollzogen, begannen tiefgreifende wirtschaftliche Reformen. Zwar blickte Fidel Castro in vielen inländischen Wirtschaftsbereichen auf gute Jahre zurück. "1984 hatten wir ein Wirtschaftswachstum von 7,4% ... Unsere Bevölkerung konsumiert im Durchschnitt 3'000 Kalorien und 80 Gramm Proteine pro Kopf und Tag". Es gebe weder Arbeitslose, noch Analphabeten, die Gesundheitsversorgung werde in aller Welt bewundert. "Unsere Situation ist unvergleichlich besser als in irgendeinem anderen lateinamerikanischen Land... Lebten wir in Haiti, dann ..."

Dennoch schien das Land den wirtschaftlich Verantwortlichen verwundbar zu sein. Bei einer Tagung vom 22. - 24. November 1984 jedenfalls wurde die Notbremse gezogen. Partei- und Regierungsspitze analysierten stagnierende Exporte, steigende Importe, Zwang zu Umschuldungsverhandlungen mit westlichen Gläubigern. Ein "grupo central" wurde geschaffen, mit einem jüngeren Bruder des 1960 verstorbenen Revolutionsführers Camilo Cienfuego als Präsidenten und jungen ökonomischen Experten als Mitgliedern. Als "veritablen Staatsreich", sollen laut Ignacio Ramonet Beteiligte das Vorgehen qualifiziert haben. Das neue Organ ist weder in der Verfassung noch in den Parteistatuten vorgesehen. Dennoch obliegt ihm die Revision der Wirtschaft: Effizienzsteigerung, Kaderverjüngung, Rationalisierung der Produktion, Produktionsverbesserungen, pragmatischere Betriebsführung sind die zentralen Kriterien.



KUBANER: "KONSUMENTEN"

Zu Jahresschluß hielt Fidel Castro vor der "Asamblea Nacional" fest: "Niemand fragte, wie unser Wunder entstand. Ich sage es jetzt: die Mittel kamen zu einem Teil aus unseren eigenen Anstrengungen. Aber das, was uns unsere Fortschritte und die Lösung vieler Probleme ermöglichte, war doch die internationale Solidarität des sozialistischen Lagers ... Es war ein Privileg, aber es schuf eine bestimmte Mentalität ... Alle erfüllten ihre Pläne, aber niemand fragte, ob man die Produktion erhöhe, oder die Exporte ... Niemand fragte, ob der Zuckerpreis sinke ... Man fragte einfach das Finanzministerium nach mehr Geld ... Es entstand eine wenig sparsame Mentalität, eine ausgabenfreudige ... mehr Konsum statt Produktion, mehr Import statt Export ..."

MEHR, BESSER, EFFIZIENTER

Der neue "grupo central" soll jetzt für Abhilfe sorgen, gemeinsam mit dem Volk. Denn so wie die Verteidigung des Landes Anstrengungen des ganzen Volkes bedarf, so ist auch "die Wirtschaft ein Krieg des ganzen Volkes". Ein neues wirtschaftliches Konzept soll zu einem wirtschaftlicheren Einsatz aller Ressourcen führen. Der "grupo central" ortete drei Problemereiche:

- Erstens ist das alte Devisenproblem mit den westlichen Ländern zu lösen. Dazu bedarf es der Steigerung der Exporte, insbesondere von Nickel, Rum, Tabak, Fischereiprodukten. Auch der Ertrag aus dem Tourismus könne gesteigert werden. All dies bedinge Qualitätsverbesserung. Auch mit zunehmender Importsubstituierung ließen sich Devisen ersparen. Vieles könne selbst produziert werden, was jetzt importiert werde.
- Zweitens sind die Verpflichtungen gegenüber den sozialistischen Staaten zu erfüllen.
- Drittens bedinge dies Anpassungen des eigenen Entwicklungsprogrammes.

Ganz unter diesem Zeichen stand der überarbeitete Wirtschaftsplan für 1985, der vorher von der "Asamblea Nacional" zurückgewiesen worden war. Er sah eine Umlenkung von Investitionen in prioritäre Projekte vor, die zu mehr Exporten führen, die Energie und Ressourcen sparen, oder die in wichtige soziale Werke fließen.

Die gleichen Aspekte gingen auch in den neuen Fünfjahresplan 1986 - 1990 ein. In der Neuerarbeitung dieses Fünfjahresplans liegt wohl auch der Grund dafür, weshalb der 3. Parteikongreß, ursprünglich auf Mitte 1985 angesetzt, erst jetzt stattfinden wird. Zur Verabschiedung des Fünfjahresplans wird

der Parteikongreß Ende 1986 nochmals eine Sondersession einschalten. Derzeit wird in Betrieben und Gremien intensiv über einen Vorentwurf diskutiert. Hauptinhalt bleiben Aspekte einer rationellen Ressourcennutzung, Qualitätsverbesserungen, Imports substituierung und Exportförderung.

"UNGARISIERUNG" DER WIRTSCHAFTSPLANUNG?

Unklar ist, wie weit dabei von orthodoxen Planungsmethoden Abschied genommen wird, wie weit die Wirtschaft Kubas "ungarisiert" wird. Jedenfalls sind in Kuba in letzter Zeit wieder kleinere private Betriebe entstanden: Handwerker, mechanische Werkstätten, Schneider, Transporteure usw. Kubaner können auch wieder ihre Wohnung kaufen und vermieten. "Sozialismus ist nicht nur, verstaatlichte Fabriken, Industrien, Ländereien, Minen und Banken zu haben", sagte Fidel Castro. Vielmehr gelte es, die Kräfte aller auf das gleiche Ziel auszurichten. In der Vergangenheit habe oft ein zu sektorieller Planungsgeist geherrscht: "Ein Kampf eines jeden Organs um die knappen verfügbaren Ressourcen". Die Antwort darauf: "Wir haben viel gemacht, aber wir können mehr machen, und wir können es besser machen."

Castro gab Havanna auf

RIO DE JANEIRO, 26. Dezember (AFP). Kubas Staats- und Parteichef Fidel Castro raucht keine Zigarren mehr. Und nicht nur das. Der heute 59 Jahre alte bärtige Revolutionsführer, dessen Bild über Jahrzehnte untrennbar mit dem einer qualmenden Havanna verbunden war, trinkt auch keinen Kaffee mehr. Wie Castro Anfang der Woche dem brasilianischen Fernsehen mitteilte, will er mit diesem „Opfer“ die Gesundheitskampagne in seinem Lande unterstützen und zur Steigerung der kubanischen Kaffeeexporte beitragen.

ECUADOR

Indiobischof Kandidat für Nobelpreis

Der Indiobischof Proaño aus Ecuador wurde von Friedensnobelpreisträger Adolfo Pérez Esquivel für den Friedensnobelpreis 1986 vorgeschlagen. Das ecuadorianische Parlament, das Verfassungsgericht, die nationale Bischofskonferenz, viele Basisgruppen im In- und Ausland unterstützen diese Initiative. Freunde in Spanien, Frankreich und Belgien haben sich angeschlossen.

Proaño wurde am 21.1.1910 in San Antonio de Ibarra, in der Provinz Imbabura (Ecuador) geboren.

Er ist der Bischof im Poncho, der Bischof der Indios, der Vater der Armen, Monseñor Leonidas Proaño, Altbischof von Riobamba. Bischof Proaño ist ein Pionier der lateinamerikanischen Kirche. Er nahm entscheidenden Anteil an ihrer Bekehrung zu den Armen. Er hatte großen Einfluß auf die Konferenzen von Medellín und Puebla, wo die Kirche mit einem Dom Helder Camara, einem Kardinal Aloisio Lorscheider u.a. ihre bevorzugte Option für die Armen beschwor. Was die Theologen der Befreiung predigten, hat Bischof Proaño vorher schon lange praktiziert, die Theologen gingen bei ihm in die Schule.

Ihm sind viele Impulse der pastoralen Erneuerung zu verdanken. Zu seinen Schülern gehörte u.a. auch der Salvadorianische Märtyrerpriester Rutilio Grande, an dessen Totenbahre Bischof Oscar Romero seine Bekehrung zu den Armen besiegelte.

Bischof Proaños Geheimnis ist seine Bekehrung zum Volk. Er sagt: "Das Volk hat mich bekehrt ... von den Armen habe ich vieles gelernt ... ich bin bei den Indios in die Schule gegangen...". Leonidas Proaño ist mehr als ein beliebter Volksbischof.

31 Jahre Arbeit als Bischof der ärmsten Diözese Ecuadors, wo die Hälfte der Bewohner, etwa 200 000, Indios sind, ist ein Friedenswerk. Für Proaño ist der Friede Frucht der Gerechtigkeit. Er ist Gründer, Mitglied und Präsident mehrerer lateinamerikanischer Menschenrechtskommissionen. Er hob den " Servicio Paz y Justicia " (Dienst für Frieden und Gerechtigkeit) 1974 mit Pérez Esquivel aus der Taufe. Er ist Vizepräsident der lateinamerikanischen Vereinigung für Menschenrechte ALDHU und Kopräsident des Komitees Christen für die Solidarität " Oscar A. Romero ". Auf dem internationalen Treffen dieser Organisation in Spanien 1985 erhielt er

eine einmütige Unterstützung für seine Kandidatur zum Friedensnobelpreis 1986.

Die Synthese seiner Befreiungspastoral heißt: " Das Volk hat seine Stimme wieder zurückerobert ". Er leiht nicht nur dem Volk seine Stimme, um Gerechtigkeit einzuklagen, er hat das Volk gelehrt, seine Sprache wieder zu finden, die Indiosprache Quichua zu pflegen, mit der Sprache die eigene Kultur wieder zu schätzen und in einer mutigen Sprache Recht und Gerechtigkeit zu verlangen. In den Basisgemeinden fanden die Armen ihre Sprache und ihr Mitspracherecht in der Kirche.

Papst Johannes Paul II ernannte ihn offiziell zum Bischof der Indios; und die ecuadorianische Bischofskonferenz übertrug ihm das Referat für Indio pastoral. So wurde " Indiobischof " vom Schimpfwort der Reichen zum Ehrentitel für den Bischof der Armen. Die Liebe zu den Indios sei ihm im Elternhaus eingeprägt worden, bekennt Bischof Proaño. Als Sohn von Campesinoeltern entstammt er einer armen Familie die sich durch Strohhüteflechten ihren Lebensunterhalt verdiente. Obwohl selbst Mestize, spiegelt sein Gesicht eher die Indioabstammung, als die der Weißen wieder. Sein Charakter zeigt die Stärken des Indiewesens, er ist schweigsam, meditierend veranlagt, musisch begabt, Dichter und Maler. Er verwirklichte das Ideal der Armut und lebt persönlich ganz selbstlos. Eine " Arme Kirche " ist glaubwürdiger als eine reiche. Er verzichtet auf Kapitalspenden und Einfluß der Institution.

Durch seine unermüdliche Arbeit für den Aufbau einer selbständigen Indio-Kirche hat er vieles in Bewegung gesetzt. Er hat Volksorganisationen geschaffen, die als eine Art Selbsthilfeorganisationen trachte, die Gesellschaft zu verändern und in eine gerechtere und brüderliche Gesellschaft zu verwandeln (Nueva Sociedad).

Die Indiobewegung der Provinz " Movimiento Indígena de Chimborazo " hat sich als Aufgabe gesetzt, eine wirtschaftliche Befreiung aus eigener Kraft über eine Campesino-Beitragskasse zu finden, die Werte der Indio Kultur zurückzuerobern und eine eigene politische Plattform ohne Parteienzwang zu bilden. Ihr Ziel ist die Konstruktion einer neuen Nation, in quichua " Mushug llacta ".

Eine kleine Anekdote schildert am besten das Selbständigwerden der Indio Kirche: Als in der Zeit der Konflikte Bischof Proaño in einer Indio Gemeinde fragte, was passiere, wenn er einmal nicht mehr sei oder wenn er fortgejagt würde, antwortete nach langem Schweigen ein Mann aus dem Volk: " Dann sind wir da ".

Ungezählte Landkonflikte brachten den Bischof auf den Plan. Den Indios wurden nach den beiden Agrarreformen 1963 und 1974 oft nicht die Rechtstitel der zugestandenen Anrainergrundstücke ausgehändigt und die Haziendaherren schlugen mit Polizei- und Militärgewalt die Indiodemonstrationen nieder. So wurde im schlimmsten

Landkonflikt in Tectezínin 1974 ein Indio Lázaro Condo , erschossen und der Generalvikar und das Pastoralteam von Chunchi wanderten ins Gefängnis. Ein zermürbender Bürokratenkrieg gab aber dann den Besitzlosen doch Landrechtstitel, und dieser Erfolg wurde ein Signal für weitere Rechtsstreite um Land; allein 1983 wurden bei Landkonflikten 4 Indios und Campesinos von Polizeikräften erschossen.

Das Land ist von erstrangiger Bedeutung für die Indios. Nimmt man ihnen das Land, stirbt der Indio als Nation. Das Land ist für den Indio nicht nur Besitz oder Produktionsmittel, die Erde ist ihm Mutter, Leben, ohne Land gibt es keine Kultur.

Ein weiteres Problem kommt noch durch die Tätigkeit nordamerikanischer Sekten hinzu, die praktisch versteckte Gewalt ausüben. Sie tragen durch die Religion Spaltung in die Gemeinde. Sie predigen statt des Evangeliums die Zivilisation und erzeugen mit Geldgeschenken Neid und Individualismus. Mit dem Profit- und Konkurrenzdenken des kapitalistischen Systems zerstören sie die Indiewelt. Ihr Gemeinwesen ist durch Gemeinland und Gemeinschaftsarbeit konstituiert; Privateigentum hat nicht den Rang wie in kapitalistischen Ländern.



Bischof Proaño führt die Indios aus ihrer Identitätskrise heraus, indem er sie erzieht, wieder ihre Werte zu schätzen, zuallererst ihre eigene Sprache, das Quichua, und mit der Sprache ihre Musik, Lieder, Gedichte, Geschichten, ihre Tradition und ihre gemeinschaftlichen traditionsformen mit dem " Cabildo ", dem Gemeinschaftsland und der " Minga " der Gemeinschaftsarbeit; ihre Kleidung aus Schafwolle, ihre eigene Ernährungsweise ihre Naturmedizin und vieles mehr.

Aussterben bedroht die Indioölker: Wegnahme des Landes, Landflucht, gewaltsame Sterilisierung der Frauen, Zerstören der Gemeinschaftsordnung durch Sekten, Verfremdung ihrer Kultur und vieles mehr. Es geht ums Überleben. nicht die Indios müssen in die künstlich geschaffene Nationalkultur des Vielvölkerstaates Ecuador integriert werden, sondern die ecuadorianische Gesellschaft muß die Indiewelt als ihre ältere Kultur respektieren, ihre Werte assimilieren und sie gleichberechtigt behandeln, um dann darin eine Bereicherung, wenn nicht gar eine Alternative zum herrschenden System zu erblicken.

Bischof Proaño selbst gibt das Motiv der Kandidatur für den Friedensnobelpreis an: " Diese Kandidatur darf nicht als meine persönliche verstanden werden, sondern als eine Kandidatur des leidenden ecuadorianischen Volkes, der Indios, die jahrhundertlang unter Ausbeutung und Unterdrückung gelitten haben. Die Kandidatur ist eine Anerkennung der fundamentalen Menschenrechte unseres Volkes".

Wenn diese Anerkennung Bekenner- und Märtyrerbischofen wie Dom helder Camara und Oscar Romero versagt blieb, verdiente sie der Indiobischof aus Ecuador als Vertreter der Armen, als Mann der ersten Stunde der kirchlichen Erneuerung, Prophet und Friedenskämpfer für die Menschenrechte der Ärmsten der Armen , der Indios.

Zur Weiterleitung der Solidaritätsadressen an den Ausschuß des norwegischen Parlaments bitte an folgende Kontaktadresse schreiben, dort sind auch weitere Informationen über die Kampagne und die Arbeit erhältlich.

Deutschlandkontaktadresse: Max Rosner , Kreuzberg 20,
D-8160 Miesbach , tel. 08025/2313

Agroindustrielles Großprojekt bedroht indianischen Lebensraum

Indianer des equadorianischen Amazonasgebietes wehren sich gegen ein gigantisches Ölpalmenprojekt. Sie fordern, daß dieses, von der Deutschen Entwicklungsgesellschaft (DEG) mit 13,1 Mio. DM geförderte Ölpalmenprojekt nicht weitergeführt wird. Im Rahmen dieses Projekts haben zwei Privatgesellschaften bereits eine 20.000 ha große Plantage angelegt. Insgesamt sind 200.000 ha geplant. Für den Anbau der afrikanischen Ölpalme ist nur guter Urwaldboden geeignet, der in der Region bereits von Einheimischen genutzt wird.

Wenn wir von der Zerstörung der Tropenwälder des Amazonasbeckens reden, haben wir meistens die brasilianische Situation vor Augen, wo einer verfehlten Siedlungspolitik, Holzraub und gigantischen Viehprojekten weiterhin jedes Jahr mehr als 1 Million ha. Regenwald zum Opfer fallen.

Angesichts des Ausmaßes dieses Zerstörungsprozesses, der auf eine ökologische, ökonomische und soziale Katastrophe hinsteuert, vergessen wir allzuleicht, daß dieser gleiche Prozeß auch in den anderen Amazonasländern abläuft, meist noch rascher, wenn es sich, wie im Fall Ecuadors, um ein Land handelt, dessen Tieflandregenwald mit 100.000 qkm relativ klein ist. (Anm.: 2% der gesamten Regenwaldfläche des Amazonasbeckens)

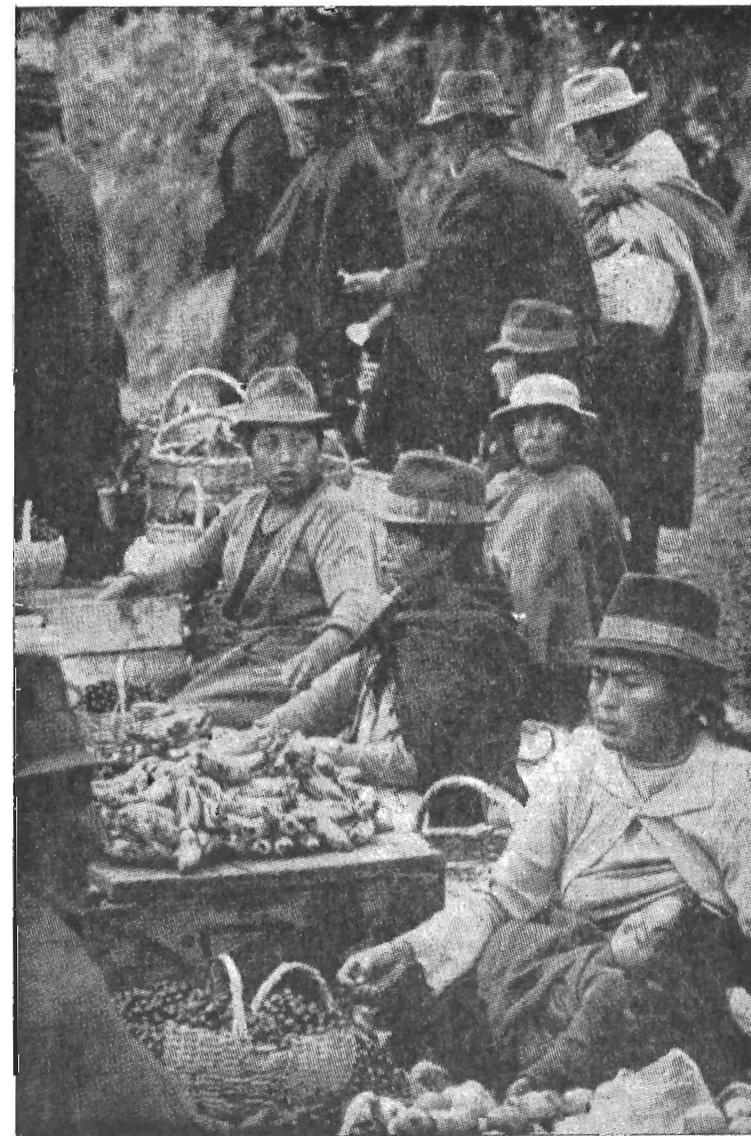
Seit in den 70er Jahren durch die Erdölfunde große Teile des Tieflandes Ecuadors infrastrukturell erschlossen wurden, setzte eine Kolonisierungswelle aus anderen Landesteilen ein, deren Umfang und Rhythmus allein vom Straßen- und Wegebau der Firmen zu den Erdölfeldern bestimmt wurde.

Es wurde weder die Frage nach dem Lebensraum der dort ansässigen Tieflandindianer gestellt, noch die Frage nach einer angemessenen landwirtschaftlichen Nutzung unter den besonderen klimatischen und ökologischen Besonderheiten der Regenwaldregion.

Seit Beginn der Kolonisierung sind schätzungsweise 10-15% des equadorianischen Regenwaldes diesem Prozeß zum Opfer gefallen. Sind erst einmal in naher Zukunft

die wichtigsten Verbindungsachsen zwischen den einzelnen Erdölfeldern und Plantagenabschnitten vollständig hergestellt, so werden sich die dazwischenliegenden Urwaldräume mit Querverbindungen und Stichstraßen füllen; der Vernichtung auch der letzten zusammenhängenden Urwaldflächen steht dann nichts mehr im Wege.

Vor diesem Hintergrund muß das Ölpalmenprojekt gesehen werden, das vor 5-6 Jahren in der Provinz NAPO von zwei



Privatgesellschaften unter ausländischer Finanzbeteiligung und technischer Beratung mit 20.000 ha begonnen wurde, und jetzt zu einem gigantischen 200.000 ha-Projekt ausgeweitet werden soll.

Schon spricht die Regierung vom neuen Reichtum Ecuadors der dem Land hohe Deviseneinnahmen verschaffen wird, 600 Mio. Dollar bis zum Ende des Jahrzehnts. Selbst wenn diese Zahl stimmen sollte, was zu bezweifeln ist, stellt sich uns die Frage nach den sozialen, ökonomischen und ökologischen Kosten einer solchen agroindustriellen Nutzung des Regenwaldgebiets.

DIE BETROFFENEN LEISTEN WIDERSTAND

Im August 1980 wurde die CONFENIAE (Confederacion de Nacionalidades Indigenas de la Amazonia Ecuatoriana) gegründet. Sie setzt sich aus den Nationalitäten der Siona, Secoya, Cofan, Huaorani, Quichua und Shuaras zusammen und umfaßt somit die indianischen Nationalitäten des ecuadorianischen Amazonasgebiets.

Stellvertretend für die Vielzahl kleinerer Volksgruppen soll hier kurz auf die Quichua eingegangen werden. Auch wenn sie sich kulturell von den anderen Gruppen unterscheiden, hat die Zerstörung des Urwaldes als Lebensraum für alle die gleichen Konsequenzen.

Im Vergleich zu anderen Völkern des Amazonasbeckens begann für die Tiefland-Quichuas die Geschichte des Leides, der Unterdrückung und Ausbeutung schon sehr früh. Kaum hatten die spanischen Eroberer die letzten Bastionen des Inka-Reiches im Hochland erobert, begannen sie schon bald von Quito aus Expeditionen zur Erkundung der Tieflandregion auszusenden. Die Quijos wurden so sehr bald Opfer einer brutalen Unterdrückung und Ausbeutung durch die Spanier. Soweit sie nicht in abgelegene Zonen geflohen waren, wurden sie unter die spanischen "encomenderos" aufgeteilt, für die sie Gold waschen, Stoffe weben, Lasten tragen, Plantagen anlegen und sonstige Frondienste leisten mußten. Darüber hinaus existierte ein Tributsystem, das den Quijos regelmäßige Lieferungen von Gold, Stoffen und geflochtenen Stricken abpreßte.

Erschöpfung, eingeschleppte Krankheiten und teilweise Hunger führten zu einem starken Rückgang der Bevölkerung. Immer wieder kam es zu verzweifelten Aufständen. Den Höhepunkt bildete der sog. "Pende"-Aufstand des Jahres 1578. Nach dessen Niederschlagung wurden Juman-di und andere Führer in den Straßen von Quito unter den Augen tausender herbeigeschleppter Indigenas gevierteilt.

Auch im Zeitalter der Republik, nach Erlangung der Unabhängigkeit Ecuadors änderte sich generell nichts am Schicksal der Tieflandindianer im NAPO-Gebiet. Die Jagd nach indianischen Arbeitskräften fand um die Jahrhundertwende einen neuen Höhepunkt, als die Erfindung Ch. Goodyears, Kautschuk zu vulkanisieren, auf dem Weltmarkt einen Boom für Wildkautschuk auslöste. Innerhalb weniger Jahre wurden Hunderte von Indigena-Familien des NAPO-Gebietes erneut in die offene Sklaverei gezwungen und in weiter flußabwärts gelegene, dünn besiedelte Gebiete verschleppt, um dort Wildkautschuk zu sammeln.

Bis Ende der 60er Jahre dieses Jahrhunderts war die Geschichte der Tiefland-Quichuas vom verzweifelten Kampf gegen Versklavung und von der Flucht vor ihren Unterdrückern geprägt.

Der gewaltsame Widerstand hatte sich im Laufe ihrer Geschichte als aussichtslos erwiesen, so daß die Flucht in abgelegene Gebiete zur individuellen Form des Widerstandes wurde.

Die großen Urwaldgebiete stellten lange Zeit einen Freiraum zum Überleben dar, denn die Spanier und später die "patrone" hatten es hauptsächlich auf die indianischen Arbeitskräfte und die Bodenschätze abgesehen und waren ansonsten an den riesigen Urwaldflächen kaum interessiert.

Mit der Entdeckung des Erdöls im NAPO-Gebiet sollte sich diese Situation aber schlagartig ändern. Die Erschließung der Region und die massiv einsetzende Kolonisierung konfrontierte die Indigenas zum erstenmal mit einem ihnen bisher unbekanntem Problem: der Landfrage. Ihre historischen Landrechte gerieten plötzlich durch die Intervention des ecuadorianischen Staates als Träger und Förderer der Kolonisierung in Gefahr. Marcelo F. Naranjo schreibt hierzu: "Die ecuadorianischen Regierungen wollten keine umfassenden Landreformen. Das Urwaldgebiet wurde als unbearbeitetes Land angeboten, verarmte Bauern von der Küste und dem Hochland suchten in diesem verheißenen Land ihr Glück." Mit dem Eindringen der Siedler stießen nach Naranjo zwei Kulturen aufeinander:

- die Kultur der dort lebenden Indianer-Nationalitäten gewohnt, mit dem zerbrechlichen Ökosystem des Urwaldes umzugehen, auf Bewahrung eingestellt, auf die Wiederherstellung genutzten Landes großen Wert legend;
- sowie die Kultur der Neusiedler, die aus der Erde (ihrem Stück Land) etwas herausholen wollten, die eher rentabel zu denken und zu handeln hatten.

Land bedeutet für den Tiefland-Indigena einfach Ort sei-

ner Existenz. Land ohne Urwald ist für den Tiefland Indigena etwas unvorstellbares, denn es gäbe dann keine Tiere, keine Bäume, kein Wasser mehr und der Boden wäre unfruchtbar. In seiner Konzeption von Leben sind Land und Urwald nicht zu trennen. CHACRA-WIRTSCHAFT heißt das von den Indigenas im Urwald entwickelte Bewirtschaftungssystem, das sich mehr oder weniger im Einklang mit der Natur befindet. Literaturhinweise und eine gute Beschreibung dieser Lebensform findet man in der am Schluß genannten Broschüre.

DIE AFRIKANISCHE ÖLPALME IN ECUADOR

Erst um die Jahrhundertwende, als geeignete Maschinen zur Aufbereitung zur Verfügung standen, wurden in Westafrika, Indonesien und Malaysia Großplantagen zur Speiseölproduktion angelegt. Mit dem zunehmenden Bedarf an Speiseöl gewann die Palmölproduktion weltweit an Bedeutung und nach Fortschritten in der Weiterzucht und unter Anwendung der Großplantagentechnik wurde für viele asiatische und afrikanische Länder Palmöl zum wichtigsten Exportgut. In den letzten Jahren wurden auch in vielen lateinamerikanischen Ländern Ölpalmen-Plantagen angelegt.

Als günstiger Standort werden tiefergründige und durchlässige, frische, humusreiche und gut entwässerte Böden ausgegeben, deren pH-Wert zwischen 4,5 und 7 liegen sollte. Das Öl des Fruchtfleisches wird je nach Qualität für die Herstellung von Margarine, Kerzen und Seifen benutzt, wobei der Säuregehalt eines der wichtigsten Kriterien darstellt. Das Palmkernöl findet überwiegend in der Speisefett- und Margarineherstellung Verwendung.

Erste Phase - Einführung der Ölpalme

Eine erste kleine Ölpalmen-Pflanzung wurde 1953 im Küstentiefland bei Sto. Domingo angelegt. Anfang der 60er Jahre wurde entsprechend einer Vereinbarung mit der FAO und nach Beginn eines Forschungsprogramms durch das nationale Agrarforschungsinstitut (INIAP) mit einem größeren Anbauprogramm im Rahmen des Kolonisationsplanes Sto. Domingo-Quininde begonnen.

Im Rahmen des Kolonisierungsprogramms erhielten nicht nur Landarbeiter oder landlose Bauern aus anderen Zonen des Landes Landtitel sondern auch Händler, Unternehmer und Militärs verschafften sich teilweise beachtliche Ländereien mit dem Ziel, dort Geld anzulegen, bzw. mit dem billig erworbenen Land zu spekulieren. Im Laufe der Jahre konzentrierten sich die Ölpalmen -

Anbauflächen zunehmend in den Händen weniger Unternehmen. 1981 betrug die Gesamtfläche von Ölpalmen 33.387 ha. Dreizehn große Unternehmen besitzen nun soviel Anbaufläche wie 216 kleinere Ölpalmen-Anbauer.

In den Jahren 1978/79 begannen sich die zwei größten Ölpalmen-Unternehmen, "PALMERAS DEL ECUADOR SA" und "PALMORIENTE SA", in der Provinz NAPO niederzulassen. Sie bekamen von der Agrarreform- u. Kolonisierungsbehörde (IERAC) sofort jeweils 10.000 ha Urwaldland in Zonen mit günstigen Bodenbedingungen zur Einrichtung ihrer Plantagen zuerkannt. Eine neue Phase der Palmölproduktion in Ecuador begann.

Nun soll mit dem Anbau von 200.000 ha im Amazonastiefland die dritte Phase eingeleitet werden. Damit wird das ursprüngliche Ziel des Landes bei weitem übertroffen, der Selbstversorgung folgt nun die Exportorientierung. Mit dem Ölpalmen-Projekt steht das Überleben mehrerer indianischer Völker zur Disposition.

- Palmeras del Ecuador SA

Dieses Unternehmen, das an der Küste schon 4.000 ha besitzt, bekam 1978 vom IERAC eine Konzession über 10.000 ha in der Nähe von SHushufindi für den Anbau von Ölpalmen.

Das Unternehmen beginnt 1978 nach der Einrichtung einiger Probepflanzungen mit dem Abholzen des unberührten Urwaldes. 1982 beträgt die gesamte Pflanzfläche schon 4.000 ha, (Anm: 460.000 Palmen, wie ein deutscher Forstwald in "Reih und Glied").

Aufgrund eines Vertrages wird das komplette Know-How von IRHO aus Frankreich geliefert. Die hochmoderne Ölmühle baut das belgische Unternehmen VYNCKE N.A. und das luxemburgische USINE DE WECKER. Die etwa 3 Mio. Dollar teure Anlage wird durch Kredite der belgischen bzw. luxemburgischen Regierung nach entsprechenden Regierungsvereinbarungen finanziert.

Von den ca. 600 Arbeitskräften auf der Plantage sind die wenigsten fest angestellt. Das Unternehmen besorgt sich die Arbeiter wie schon auf ihren Plantagen an der Küste über "contratistas" (Arbeitsvermittler), die dann auch für die Einstellung und Bezahlung verantwortlich sind. Auf diese Weise spart das Unternehmen eine Fülle von Kosten.

Die Plantage wird von eigenen Sicherheitskräften überwacht und strikt nach außen abgeschirmt. Vorkommnisse, wie z.B. Arbeitsunfälle durch mangelnde Vorkehrungen mit Spritzmitteln (u.a. das hochgiftige Aldrin), dringen meist nicht nach außen. Da es keine Interessenvertretung der Arbeitgeber gibt, ist jeder einzelne dem Unternehmen, bzw. dem contratista ausgeliefert.

- Palmorientierte SA

Die Gesellschafter der Palmorientierte SA waren anfänglich die ecuadorianische "Corporacion Financiera nacional", die SOCFINCO, eine belgische Management- und Beratungsgesellschaft für Plantagenprojekte in tropischen Ländern und einige ecuadorianische Privatinvestoren. Später kamen die englische "COMMONWEALTH DEVELOPMENT CORPORATION" (CDC) und die DEG (DEUTSCHE ENTWICKLUNGSGESELLSCHAFT HINZU. Seit Beginn der Arbeiten in "Huashito" sind die umliegenden indigena Communas und auch Neusiedler einem ständigen Druck von Seiten des Unternehmens ausgesetzt, Land zu verkaufen, bzw. wie im Falle der Communa Huaysa, Land abzutreten.

DIE ZERSTÖRUNG INDIANISCHEN LEBENSRAUMES

Ganz unabhängig von der Frage, ob es zu Vertreibungen kommen wird oder nicht, ist festzustellen, daß der großflächige Verlust des Urwalds für die traditionelle Chacra-Kultur der indigenas schwerwiegende Folgen haben wird. Mit der Zerstörung des Ökosystem Urwald verbindet sich unweigerlich die Überlebensfrage der jeweiligen indigena-Kultur und damit auch die Überlebensfrage als Volk schlechthin.

- Ökologische Auswirkungen

Mit jedem Hektar tropischen Tieflandregenwaldes, der von den Traktoren der Ölpalmen-Unternehmen niedergewalzt wird, wird ein Stück wertvollstes Biotop unwiderruflich verschwinden. Das Amazonasbecken stellt das artenreichste und komplexeste Ökosystem dar, das wir auf Erden kennen. Von schätzungsweise 1,5 - 2 Mio. Pflanzen und Tierarten sind bisher höchstens 500.000 beschrieben und klassifiziert.

- Ölpalme im Monokulturanbau

Um den Ölpalmen-Anbau überhaupt rentabel zu gestalten, sind große zusammenhängende Anbauflächen notwendig - nur dadurch lassen sich die hohen Erschließungskosten und die Einrichtung einer Mühle an Ort und Stelle aus ökonomischer Sicht rechtfertigen. Aufgrund des Monokulturanbaus ergeben sich möglicherweise schwerwiegende Konsequenzen und Probleme: Neben dem Einsatz von Düngemitteln wird eine Anwendung von Pestiziden zur Bekämpfung von Krankheiten notwendig werden.

- Soziale und ökonomische Folgen

Durch die Ausweitung der schon bestehenden Ölpalmen-Plantagen zu dem vorgesehenen Mammutprojekt wird in der Provinz Napo die Landnachfrage enorm steigen. Es wird zu einer großen Bodenspekulation kommen, begleitet von schweren Landkonflikten innerhalb des Colonosektors bzw. zwischen Colonos und Indigenas. Alle Erfahrungen aus Gebieten der 3. Welt mit agroindustriellen Großprojekten lehren uns, daß zunehmende Besitzkonzentration am Produktionsfaktor Boden in Händen weniger großer Kapitalgesellschaften in Verbindung mit einer starkem Verteuerung dieses Produktionsfaktors zur Verdrängung des kleinbäuerlichen bzw. indianischen Wirtschaftssektors führen wird. Auch die sozialen Unterschiede innerhalb der Bevölkerung werden sich durch die Anwesenheit der agroindustriellen Unternehmen drastisch verschärfen. Einhergehend mit dem zunehmenden Landverlust wird es zu einer beschleunigten Proletarisierung der ansässigen Landbevölkerung (Colonos, Indigenas) kommen.

VERSCHÄRFUNG DER ENTWICKLUNG

In den letzten Monaten spitzt sich die Situation für die Indigena im Raum Loreto, Coca und Panayucu zu, vor allem durch das vermehrte Eintreffen von Expertenkommissionen, eine hektische Vermessungsaktivität der Landreform- und Kolonisierungsbehörde und die Zunahme von Landbesetzungen und Landkäufen. Daraus geht hervor, daß in nächster Zeit mit dem Beginn des Projektes in den Zonen Loreto und Panayucu gerechnet werden muß. Der 3. Kongress der CONFENIAE weist mit aller Entschiedenheit das Vordringen der Ölpalmengesellschaften, Holzfirmen und anderer Gesellschaften in der Amazonasregion zurück. Er fordert den Abzug der Ölpalmen-Unternehmen und bittet um internationale Solidarität.

INTERNATIONALE ÖFFENTLICHKEIT HERSTELLEN!

Seitens der betroffenen Indigena-Organisation ist das eine der dringenden Bitten. Notwendig sind Protestschreiben, Öffentlichkeitsarbeit, und das Sammeln von Spenden. Ausführliche Informationen über dieses Projekt und die Möglichkeiten solidarisches Handeln bietet die Broschüre:

" ÖLPALMEN-PLANTAGEN IM AMAZONASTIEF -
LAND ECUADORS "

Erhältlich bei: AG SPAK, Kistlerstr. 1, 8 München 90

PERU

Die Izquierda Unida bezieht Stellung

Nach einem internen Streit in der Izquierda Unida (IU), einem Zusammenschluß verschiedener kommunistischer und sozialistischer Parteien (PCP, PSR, UNIR, PUM, FOCEP, etc.), über ihre Position gegenüber der apristischen Regierung von Alan García, veröffentlichte die Vereinigte Linke im November letzten Jahres ein Dokument, das wir nachfolgend auszugsweise veröffentlichen.

ZUR VORGESCHICHTE:

Der Vorsitzende der IU und Bürgermeister von Lima, Alfonso Barrantes Lingán kandidierte im April '85 bei den Präsidentschaftswahlen gegen den Favoriten Alan García. Nach dessen Wahl zum Präsidenten der Republik wurde es zunächst ruhig um die Izquierda Unida. Barrantes nahm gegenüber Alan García eine gemäßigte Haltung ein und stellte bezüglich einiger der Regierungsmaßnahmen sogar eine Übereinstimmung mit der apristischen Politik fest. Dies brachte ihm massive Vorwürfe aus den eigenen Reihen ein, vor allem von PUM (Vereinigte Mariateguistische Partei) und UNIR (Nationale Vereinigung der Revolutionären Linken), deren Führer erklärten, daß die APRA eine Repräsentantin der Interessen des Imperialismus sei, mit der es 'keinerlei Übereinstimmung' geben könne. Der Konflikt spitzte sich zu, als Barrantes - wie García - erklärte, die festgenommenen Mitglieder der Guerillabewegung Sendero Luminoso seien 'gewöhnliche' Gefangene, woraufhin PUM, UNIR, PCP und FOCEP laut protestierten: die inhaftierten Senderisten sind politische Gefangene.

Doch, entgegen allen Prognosen und nachdem schon öffentlich über die Ablösung Barrantes' diskutiert worden war, stellte sich die IU auf einer nationalen Versammlung im Oktober hinter ihren Vorsitzenden und Barrantes blieb Führer der IU. Als Konsequenz aus der Krise wurde ein Papier veröffentlicht, in dem die Position der IU gegenüber der apristischen Regierung festgeschrieben wurde.

DAS DOKUMENT DER IZQUIERDA UNIDA

1. Seit ihrer Gründung (1980, d.U.) hat die IU versucht, die Krise, in der das Land steckt, zu erklären, die Ursachen festzustellen und eine Alternative zu entwickeln, die auf die Bedingungen und Folgen der Krise antwortet; einer Krise, deren struktureller Ursprung außer Zweifel steht, und die ihren Ausdruck auch in der sozialen, politischen, kulturellen und moralischen Ordnung findet.

2. Der Kapitalismus, dessen Vorherrschaft nicht zu bezweifeln ist, hat sich unfähig gezeigt, wirtschaftliche Entwicklung und Demokratie zu erreichen, die nationale Unabhängigkeit zu bestätigen und die peruanische Nation aufzubauen. Diese sind schließlich Aufgaben, die nur das Volk verkörpern und konsequent lösen kann. Die Krise, in der das Land steckt, ist ihrem Wesen nach eine Krise des bisher verfolgten Entwicklungsmodells, das eher den Forderungen des Imperialismus (...) als internen Faktoren unterworfen ist. Es ist die Krise des Kapitalismus als wirtschaftlich-sozialem System und des Staates, der mit ihm verknüpft ist. Erst vor dem Hintergrund dieser Feststellung (...) ist man in der Lage, das schwere Drama, das das Land durchlebt, die unvermeidbaren Grenzen jedes Vorschlags, der sich auf die Durchführung von Reformen beschränkt, und die historische Bedeutung der Verantwortung, die jene übernehmen, die sich Peru, seinem Volk und seinem Schicksal verpflichtet fühlen, zu begreifen.

3. Die IU, als revolutionäre Front der Massen, stellt sich die Aufgabe, ein neues, unabhängiges, souveränes, vereintes, entwickeltes, reiches, demokratisches, kulturell und technologisch entwickeltes Vaterland zu schaffen. In diesem Sinne nimmt sie die Verpflichtung auf sich, die revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft vorwärtszutreiben, eine mächtige demokratische Volkskraft zu schmieden, (...) mit dem Ziel, den Sozialismus aufzubauen, bei dem die Bestätigung des sozialen Charakters der Produktion und der Arbeit mit der Ausübung der Freiheit, der Demokratie, die einen realen Zugang des Volkes zur Führung des Staates, der Wirtschaft und der Kultur erlaubt, kreativ verbunden werden soll.

4. Die strukturelle Krise (...) akzentuiert sich gemäß den Tendenzen des Weltkapitalismus, indem eine 'Konjunkturkrise' erzeugt wird. Diese hat in den letzten Jahren einerseits den Inflationsprozeß und die Rezession vertieft und andererseits einen sozialen und po-

litischen Polarisationsprozeß intensiviert und die Zunahme der Gewalt in der Weise gefördert, daß sie sich heute zu einem der großen nationalen Probleme entwickelt hat. Gleichzeitig haben sich die Lebensbedingungen der Bevölkerung verschlechtert, und der Ausnahmezustand in weiten Teilen des Landes (...) besteht weiterhin.(...)

5. Bleiben wir bei der Präsenz von Gewalt als wichtigem Element des nationalen Lebens. Einer Gewalt, die mit ihren Ursachen verstanden sein will, die keine anderen sind als die strukturelle Krise, die nationale Desintegration, die Rückständigkeit der Dörfer, aber auch die autoritären Züge, die jeden elitären Staat kennzeichnen, in dem eine eher formale als reale Demokratie blüht. Genau in diesem Umfeld taucht Sendero Luminoso auf, der eine dogmatische Konzeption und eine auf Freiwilligkeit aufbauende Praxis verfolgt, die eine in gleichem Maße autoritäre und intolerante terroristische Aktion einschließt. Der schmutzige Krieg und die Aktion der paramilitärischen Gruppen der Ultrarechten sind präsent als Resultat der Anti-Guerilla-Strategie mit ihren bekannten Konsequenzen, die bis heute angewandt wurde. In der Erinnerung, daß die Gewalt in unserer Geschichte immer eine wichtige Waffe des Staates und der herrschenden Klassen gewesen ist, um ihre Privilegien zu verteidigen, besteht die IU darauf, das Übel an seinen strukturellen Wurzeln zu packen, als einzige Möglichkeit, die Situation der Gewalt zu lösen. Dies fordert sie konsequent mit ihrem Vorschlag eines 'Friedens mit sozialer Gerechtigkeit'.

6. Peru braucht tiefe Umwälzungen, um der strukturellen Krise zu begegnen. Die schweren, bereits angeführten Probleme fordern mehr als nur effektheisende konjunkturelle Maßnahmen. Und hier liegt der fundamentale Mangel der apristischen Regierung. Diese hat sich zwar mit einem dynamischen Stil und inhaltlich über die notorischen undefinierten Vorwahlen hinausgehend eingeführt, doch es ist ihr in den letzten drei Monaten nicht gelungen, irgendeine Maßnahme zu treffen, die bei der Wurzel der beschriebenen Probleme ansetzt (...).

a) In diesen drei Monaten wurde eine Wirtschaftspolitik verfolgt, die - im Gegensatz zur vorherigen Regierung - ihren Schwerpunkt auf die Kontrolle der Inflation (...) legt. (...) Es reicht allerdings nicht, den Wechselkurs zu überwachen und die Zinsen zu senken, um die Inflation zu kontrollieren. Es geht darum, die Gewinnspanne der Unternehmer zu regulieren und den Charakter der Produktionsstruktur zu verändern, indem die Produktion von essentiellen Gütern gefördert und der Anteil an impor-

tierten Waren entscheidend gesenkt wird. Deshalb fordern wir die sofortige Verabschiedung eines antimonopolistischen Gesetzes (ley antimonopolios, d.Ü.), das dem Staat Instrumente zur Verfügung stellt, um die Gewinnspanne zu regulieren und eine Koordinierung der Produktion ermöglicht.(...)

Die Reaktivierung der Wirtschaft ist eng mit der Lösung des Problems der Auslandsverschuldung und generell mit der Kontrolle über die Kapitalflucht ins Ausland verknüpft, Faktoren, die die Verfügbarkeit der Devisen begrenzen. (...) Das zu beobachtende Wachstum von Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung macht die Beschränkungen (...) des Reaktivierungsschemas deutlich, das die apristische Regierung verfolgt. Dieses besteht (...) hauptsächlich darin, das große Industriekapital zu reaktivieren und darauf zu vertrauen, daß die Bourgeoisie ihre Überschüsse (...) in die Produktion investiert. Bezüglich der Wiederherstellung der Kaufkraft der Bevölkerung wird außerdem eine konservative Politik betrieben, da sich die Löhne nicht in gleichem Maße erhöhen wie die Einkommen der Unternehmer.(...) Weiterhin gibt es kein klares Programm zur Reaktivierung der Landwirtschaft und es wird - genau wie im industriellen Sektor - die Akkumulation der Agrarbourgeoisie privilegiert (...).

b) Die apristische Regierung hat angekündigt, daß sie nicht mit dem IWF verhandeln und nur 10% ihrer Exporterlöse für die mittel- und langfristige Schuldentilgung aufwenden wird. Die IU hält dies für wichtige Maßnahmen (...), die jedoch für sich allein genommen noch keine antiimperialistische Politik darstellen (...). Die IU glaubt, daß die Auslandsschulden nicht bezahlbar sind. Aber die IU hat keine Schwierigkeiten damit, der Regierung ihre Unterstützung auszudrücken, vor allem angesichts möglicher imperialistischer Drohungen (...).

Soweit das Zitat. Im letzten Teil ihres Dokuments kritisierte die IU weiterhin die fehlende antiimperialistische Konzeption der APRA, ihre ungenügenden Maßnahmen gegen den Drogenhandel und die Korruption der Polizei. Außerdem verurteilt sie die fehlende Initiative der Regierung im Hinblick auf eine Dezentralisierung der Exekutive und eine allgemeine Regionalisierung.

QUELLEN: Nueva Voz, El Día, hoy

PARAGUAY

Paraguay und die 7 P's:

**pan, paz, progreso,
no hay problema,
presidente, promesas,
a la pucha**

Stroessner ist nicht nach Deutschland gekommen. Das Land ist aus dem vorübergehenden Schlaglicht der Medien wieder in die Vergessenheit einer fernen, unbekannteren und unbedeutenden Welt gesunken. Kein nennenswerter Handelspartner, keine Guerilla-Unruhen, keine demokratischen Wahlen.

WAS SPIELT SICH AB IN PARAGUAY?

Die Propaganda der Colorados - das ist die Staatspartei - preist Paraguay als ein Land des Friedens, des Fortschritts, ein Paradies (so heißt Paraguay in der Guarani-Sprache), in dem niemand hungert.

PAN, PAZ, PROGRESO - BROT, FRIEDEN UND FORTSCHRITT

Wie sieht die Wirklichkeit aus?

Pan: noch gibt es keinen offenen Hunger. Aber die landwirtschaftlich nutzbare Erde ist ausgelaugt, der Boden versauert. Die Lebenshaltungskosten stiegen im Jahre 1984/85 um 42%. Die Folge: 68% der Bevölkerung lebt in absoluter Armut. Auf dem Land sind es 80%. Das heißt, die paraguayische Bevölkerung lebt in absoluter Armut.

Paz: der "Frieden" wird aufrechterhalten mit 300'000 Personen, das sind 10% der Bevölkerung, die den staatlichen Unterdrückungsapparat bilden. 30 Jahre Stroessner-Diktatur mit einem ausgefeilten System der Bespitzelung, mit Zensur, Folter, Ausweisung usw., haben erreicht, daß "der Paraguayer es vergessen hat, ohne Angst zu leben" (Zitat aus der inzwischen verbotenen Tageszeitung ABC vom 11. 3. 84).

Progreso, das heißt Fortschritt und bedeutet in Wirklichkeit: 0,8% der Bevölkerung besitzen 77,3% der Erde, auf der sie nicht produzieren sondern parasitieren. Der restliche Teil der Bevölkerung produziert auf Boden, der ihm nicht gehört. Und während auf dem Land 74% der Männer arbeitslos sind, zerfällt ihre Erde, ihre Familie, ihre Kultur, ihre Werte und ihre Identität.

Aber auch das in aller Munde stehende Sprichwort "**no hay problema**", "Kein Problem", ist nicht imstande zu verschleiern, daß 71% der Bevölkerung kein elektrisches Licht hat, während Stroessner selbst und einige seiner Getreuen Mitbesitzer sind am größten Stausee der Welt, Itaipú, dessen Kraftwerk die höchste elektrische Leistung von 12'600 Megawatt liefert. Gleichzeitig ist der Stromtarif in Paraguay unter den höchsten auf der Erde.

Auch wenn der Präsident, el exelentísimo **presidente**, in seiner Weihnachtsansprache vom 24. Dezember 1984 behauptet: "no es frágil nuestra democracia" (unsere Demokratie ist nicht zerbrechlich), so stützt sich diese "Demokratie" auf nichts anderes als Korruption, Folter, Angst und den Ausverkauf nationaler Interessen an die staatlich honorierten Schmuggler.

Solo promesas, nur Versprechungen: Lethargie hat sich der Paraguayer bemächtigt; ein ganzes Volk, das nie erfahren hat, was Bürgerrechte sind; ein Volk, unter dessen männlichen Erwerbstätigen allein nach offiziellen Statistiken schon 80'000 als Analphabeten deklariert werden müssen.

A la pucha - zur Hure.

Nicht nur, daß jedermann und jedefrau diesen Spruch ständig auf den Lippen hat und damit die Mißachtung der Frau weiterträgt, sondern hier wird der machismo durch den notwendigerweise dazugehörigen hembrismo (hembra = Weibchen, weibliches Tier) stets neu geboren. Und weil man weiß, daß z.B. die Einstellung einer Sekretärin im Justizministerium und anderen staatlichen Institutionen üblicherweise nur nach der Bettprobe mit ihrem 'Chef' erfolgt, deshalb glaubt man dem Paraguayer, der gesagt hat, daß dieses Volk seine öffentliche Moral verloren hat.

Wegen der genannten Gründe gibt es keine spektakulären Aufstände, keine Guerilla-Bewegungen, keine politische Oppositionspartei, die fähig wäre, einen Volkswillen zu formulieren und zu organisieren. Die Militärdiktatur hat es geschafft, ihr Volk bis an den Rand der Subsistenz physisch und psychisch zu entkräften.

Doch die Toleranz der Bevölkerung gegenüber politischer Entrechtung und physischer Ausbeutung hat ihre Grenze spätestens da, wo es um das eigene Überleben geht. Es bilden sich Formen von Gegenwehr heraus; Bauernkooperati-

ven, denen es im Augenblick jedoch um nichts anderes geht, als die Absicherung ihrer eigenen Subsistenz. Dabei schließen sie sich zusammen, um Möglichkeiten zu erarbeiten,

- ihre landwirtschaftlichen Anbaumethoden zu verbessern,
- den Einkauf und Verkauf ihrer Waren und Produkte unabhängig von den Zwischenhändlern zu bewerkstelligen,
- eigene Schulen und ein eigenes Gesundheitswesen aufzubauen,
- ein eigenes Kreditwesen zu erstellen.

Eine dieser Kooperativen trägt den Namen "Comandante Peralta" und ist in der Nähe des Dorfes Quiindy gelegen.



Mitglieder der Kooperative "Comandante Peralta" beim Abwiegen ihrer eigenen Baumwollerte

Damit sie sich weiter stabilisieren kann, benötigt sie jede Art materieller Hilfe. Geldspenden sind für sie eine große Hilfe!

Spendenkonto: 3800 87 - 108 (Postgiro BlnW; BLZ 100 100 10)
E. Kohut, Sonderkonto 'Hilfe für Chile'
Stichwort: Comandante Peralta, Paraguay

Laßt Euch bitte nicht deshalb vom Spenden abhalten, weil es für diese Spenden keine steuerabzugsfähigen Spendenquittungen gibt.

ARGENTINIEN

Rundreise der Madres der Plaza de Mayo

Vor einigen Tagen erreichte uns der nachstehend abgedruckte Brief der MADRES DER PLAZA DE MAYO. Darin erläutern sie die auch unter der neuen Regierung weiterbestehenden grundlegenden Probleme. Das Erbe der Diktatur ist keineswegs überwunden, und gerade in Anbetracht der oft einseitigen Berichterstattung in den hiesigen Medien, halten es die Madres für erforderlich, weiterhin auch im Ausland Aufklärung zu leisten.

Anlässlich des Urteils im Prozeß gegen neun ehemalige Mitglieder der Militärjuntas planen die Mütter der Plaza de Mayo in der zweiten Hälfte des Februars 1986 erneut eine Rundreise durch Europa, um die Forderungen, die wir immer noch Donnerstag für Donnerstag auf der Plaza de Mayo stellen, auch im Ausland zu bekräftigen:

- VOLLSTÄNDIGE AUFKLÄRUNG DES SCHICKSALS DER VERSCHWUNDENEN
- BESTRAFUNG ALLER SCHULDIGEN
- FREIHEIT FÜR DIE POLITISCHEN GEFANGENEN

Warum ist diese Rundreise notwendig?

Im Prozeß gegen die neun Militärdiktatoren wurde das Urteil gefällt: Haftstrafen für einige Juntamitglieder, Freispruch für die anderen. Die Mehrheit derjenigen, die entführt, gefoltert und gemordet haben, läuft frei herum und betätigt sich wie gehabt in allen Bereichen der Gesellschaft.

Der Repressionsapparat wurde nicht abgebaut oder auch nur ernsthaft "gesäubert". Die Verwicklung aktiver Offiziere der Sicherheitsdienste in Attentate gegen Schulen, Menschenrechtsaktivisten und Militäreinrichtungen - die ein Klima der Angst und die Destabilisierung der Demokratie provozieren sollten - belegen diese Kontinuität. Aber die Regierung Alfonsín wehrt sich gegen die Erkenntnis, daß die Demokratie nicht mit Mördern leben kann. In den letzten Wochen wird von Mitgliedern der Regierungspartei, Ministern, Militärs und der Kirche verstärkt gefordert, einen Schlußstrich unter die Vergangenheit zu ziehen. Zur "Beruhigung" des Militärs denkt der Innenminister über ein Gesetz nach, das mit Hilfe der Konstruktion des "geschuldeten Gehorsams" den Ent-

führen, Folterern und Mördern Straflosigkeit garantieren soll. Noch dementiert die Regierung die Möglichkeit einer offenen Amnestie. Aber die Menschenrechtsorganisationen haben begründete Befürchtung, daß es in absehbarer Zeit zu einer Amnestie - auch genannt "nationale Versöhnung" - kommen wird.

Dies ist auch der politische Grund dafür, daß es immer noch 14 politische Gefangene gibt, die seit mehr als 10 Jahren im Gefängnis sitzen. Alle Versuche, einen juristischen Weg zu ihrer Freilassung zu finden, scheiterten am Widerstand der Regierung und der Mehrheit des Kongresses. Diese Gefangenen dienen als Geiseln und als Rechtfertigung der Theorie der "zwei Dämonen", wonach der Staatsterror der Diktatur eine Auseinandersetzung zwischen zwei anti-demokratischen Kräften war. Eine mögliche Amnestie für die Mörder soll mit der Freilassung ihrer Opfer verbrämt werden.



Aus diesen Gründen sind die Forderungen der Madres der Plaza de Mayo heute so gültig wie unter der Diktatur.

Mit dem Amtsantritt der demokratisch gewählten Regierung hat sich das Verhältnis der Solidaritätsbewegung zu Argentinien verändert. Die europäische Presse verweist vor allem auf die Erfolge der Regierung. Die weiterbestehenden Probleme finden kaum Resonanz. Es ist schwierig geworden, deutlich zu machen, daß wir Madres weiterhin Solidarität und Unterstützung aus dem Ausland brauchen. Auch deshalb ist die Rundreise wichtig. Wir können aus erster Hand über all das informieren, was die Presse und die anderen Medien verschweigen.

Die Madres der Plaza de Mayo brauchen weiterhin die aktive politische Unterstützung der europäischen Solidaritätsbewegung, um unseren Forderungen auch im Ausland wieder mehr Gewicht zu verleihen.

In zweiter Linie wird aber auch finanzielle Unterstützung gebraucht, vor allem um die Monatszeitschrift "Madres" weiterhin publizieren zu können. Die Zeitschrift der Madres ist ein Forum gegen die weitgehend officialistische Presse. Sie analysiert die aktuellen Ereignisse und arbeitet engagiert und bewußt die jüngste Vergangenheit auf. Aus eigenen Mitteln kann "Madres" nicht finanziert werden, ein kostendeckender Preis würde die massive Verbreitung vor allem im Landesinneren unmöglich machen.

Wir wissen, daß es aufgrund der politischen Lage sehr viel schwieriger ist als in den Jahren der Diktatur, Veranstaltungen mit den Madres zu organisieren. Deshalb auch der lange Vorbereitungszeitraum. Bitte teilt uns bald mit, ob ihr Interesse habt, eine Veranstaltung zu organisieren. Und noch eine Bitte: Schreibt uns, ob ihr aus eurer Sicht eine solche Reise sinnvoll und machbar findet. Für unsere Arbeit ist es sehr wichtig zu wissen, wie die Resonanz und Arbeitsmöglichkeiten im Ausland sind. Damit die Briefe nicht an mangelnden Sprachkenntnissen scheitern, könnt ihr auf Deutsch antworten.

Da es sehr schwierig ist, eine solche Rundreise von Buenos Aires aus zu organisieren, suchen wir in jedem Land eine Gruppe, die bereit ist, die Koordination zu übernehmen.

Weitere Informationen und Kontakt über:

Marlies Bayer (vom 1.1. bis 31.3.86 zu erreichen)
 Im Wingert 26
 5340 Bad Honnef
 Tel: 02224 / 76012

Freundlichst und solidarisch, MADRES DE PLAZA DE MAYO

MÜTTER GEGEN DIKTATOREN

Hebe de Bonafini (Präsidentin der Madres) berichtet über den Kampf der "Mütter der Plaza de Mayo"

Dienstag, den 25.2.1986, 19.00 Uhr

Haus der Kirche

Goethestraße 27-30, 1000 Berlin 12 (Charlottenburg)

Fahrverbindungen: U-Bahn Deutsche Oper
 S-Bahn Savignyplatz
 Buslinien 1 und 92

KOLUMBIEN

Sprachlosigkeit gegenüber der Guerilla überwinden!

LESERBRIEF

Liebe Leute !

Den in Eurem Heft Nr. 143 wiedergegebenen Artikel über das Massaker im Justizpalast in Bogotá, Kolumbien, will ich nicht ohne Antwort lassen. Die auch in diesem Bericht vorhandenen Ansätze kritischer 'Würdigung' der M-19 - Guerilla bleiben jedoch auf halbem Weg stehen. Ich will noch vorausschicken, daß es nicht allein um das Zurechtrücken, und schon gar nicht um eine 'Verobjektivierung' eines mit manchen halben Wahrheiten belasteten Artikels geht: Meine Replik schließt selbstverständlich meine Sicht der politischen Entwicklungen in Kolumbien im Zusammenhang mit der Guerilla mit ein. Ich will versuchen, daran anzuknüpfen, wo m.E. die LATEINAMERIKA NACHRICHTEN in den Nummern 120-122 schon einmal stehen geblieben waren.

Mag sein, daß zum Zeitpunkt des Schreibens der/dem Verfasser/in in der letzten Nummer nicht alle Informationen vorlagen. Daß die Besetzung des Justizpalastes "angekündigt" war, möchte ich in dieser Form bezweifeln.

Ungefähr einen Monat vor dem tragischen 6. November wurden bei einer Durchsicherung in Bogotá Pläne der M-19 entdeckt, den Justizpalast während der Zeit zu besetzen, in der der französische Präsident Mitterrand zu Besuch weilen sollte; das Spektakel eines Staatsbesuches mit seinem unausbleiblichen Tross an Journalisten und Öffentlichkeit für das eigene ausnützt. Dieses Vorhaben war natürlich vereitelt, und das Justizgebäude wurde unter verstärkte Bewachung gestellt; Bis einen Tag vor der dann doch durchgeführten Aktion.

Ob das Abziehen der Wachverstärkung nun der behördlichen Routine oder deren Strategie geschuldet war, entzieht sich meiner Kenntnis.

'Normal' ist durchaus, daß nach gewisser Zeit eine außergewöhnliche Bewachung wieder reduziert wird. Und konnte man nach den ungeschriebenen Gesetzen der lateinamerikanischen Guerilla nicht davon ausgehen, daß diese einen einmal enttarnten Plan nicht weiterverfolgt? Zumal sich inzwischen M-19 mit dem gescheiterten Versuch einer Entführung eines Armeegenerals ja auch auf anderen Pfaden zu bewegen schien. Ob M-19 genau diese Kalkulation anstellte?

Andererseits erscheint es mir unwahrscheinlich, daß der militärische Geheimdienst so völlig ahnungslos vom zweiten Versuch gewesen sein soll. Ich kann mir gut vorstellen, daß dieser Geheimdienst und ausgewählte Zirkel Bescheid wußten, andere davon aber absichtlich nicht informierten.

So oder so: M-19 konnte davon ausgehen, daß die Besetzung bereits in ihrem Anfangsstadium Menschen das Leben kosten mußte. Der revolutionäre Kampf erfordert halt seine Opfer?

Selbst wenn man letzteres als notwendiges Übel betrachten will, wird doch meistens nach dem Kosten-Nutzen-Effekt gefragt. Wofür also das oder die Opfer? Für "minimale Forderungen"?

Daß es sich um kein Selbstmordkommando gehandelt und die M-19 - Gruppe eine längere Besetzung geplant hatte, scheint mittlerweile eindeutig. Daß sich diese Aktion jedoch allein in der Veröffentlichung des Rechenschaftsberichtes der staatlichen Friedenskommission konzentrieren sollte, halte ich für wenig überzeugend.

Aus den Forderungen 3 und 4 (sowohl auf einer mitgeführten Tonbandkassette als auch auf einem Flugblatt von M-19 aufgelistet) entnehme ich, daß ein spektakuläres Staats-Schau-Spiel geplant war.

Forderung 3 besagt, daß während der Besetzung 4 Tage hintereinander jeweils eine Stunde lang ein nationales Radioprogramm zur Verfügung zu stellen sei, in dem dann Einzelpersonen und Gruppen sich zu ihren dringenden, unerfüllten (politischen) Forderungen und Wünschen an die Regierung äußern konnten.

Und Forderung 4: Daß Belisario Betancur als Präsident oder eine von ihm delegierte Person den Damen und Herren des Obersten Gerichtshofes (deswegen ja auch die Besetzung des Justizpalastes) und der M-19 Rede und Antwort zu den im Radio vorgebrachten Anschuldigungen und Forderungen zu stehen habe. Ein 4 Tage währender Schauprozeß!

Eine verzweifelte Aktion? Allenfalls dann, wenn man unter anderem die Erfahrungen mit dem Ausgang der Entführung von Aldo Moro in Italien als bei M-19 bekannt in Rechnung stellt: Eine derartige Entblößung des Staates kann, wenn überhaupt, nur zugelassen werden, wenn das Faustpfand oder die Geisel(n) einen Grundpfeiler des Staates repräsentieren; der Staat als exekutive Gewalt also so oder so zusammenkracht.

Diesen 'Wert' besaß und besitzt die Justiz in Kolumbien gerade nicht, auch wenn sie theoretisch die "Dritte Gewalt" darstellt. Selbst in den Analysen von M-19 ist das Kernstück der Macht bei Militär und verwandten Institutionen sowie bestimmten zivilen Kreisen angesiedelt. Darüberhinaus hatten speziell einige Richter des Obersten Gerichtshofes eine aktive Rolle in den Friedensbemühungen gespielt und zudem vor einigen Wochen den Verteidigungsminister Vega Uribe zwischen den Zeilen als notorischen Folterer verurteilt. Die Geiseln selber hatten sich nicht unbedingt Freunde unter den nun die militärische Operation Leitenden geschaffen.

Eine verzweifelte Aktion oder eine maßlose, anmaßende Selbstüberschätzung? Eine Selbstüberschätzung (und politische Strategie!), die sich meiner Ansicht nach unter anderem auch darin ausdrückt, unter den gegebenen Bedingungen in einer der größten Städte Kolumbiens, Cali, ein Stadtviertel als befreites Gebiet zu deklarieren und 15-jährige mit Gewehren patrouillieren zu lassen. Die Verantwortlichkeiten für die aus einem derartigen Konzept resultierenden Ergebnisse sind meiner Meinung nach nicht nur auf einer Seite zu suchen.

Damit wäre ich bei meinem zweiten Punkt, einigen allgemeineren, bewußt zugespitzten Überlegungen zur politischen Strategie. Über den Terror von Staatsseite ist bereits so viel geschrieben und scheint so klar (das Editorial derselben Nummer ist beredtes Zeugnis), daß ich dies hier nicht wiederholen will. Insofern bin ich natürlich einseitig in meiner Darstellung.

"Bedauerlicherweise gibt es Vorfälle, bei denen Mitglieder von Guerillagruppen versuchen, ihre persönlichen und politischen Differenzen mit Waffen auszutragen." (O-Ton des Berichts aus Heft Nr. 143) Selbst wenn ich nicht dieselben Ereignisse meine: Warum diese sprachliche Scham? Warum einen politischen Mord nicht einen Mord nennen; in seiner ureigensten Bedeutung des bürgerlichen Strafrechts? Die Ermordung von Ricardo Lara Parada durch seine ehemaligen ELN-Mitkämpfer ist lediglich einer der öffentlich gewordenen Fälle. Die Auswirkungen dieser Art von 'Auseinandersetzung' beschränken sich nicht auf interne Gefechte: Auch sogenannte Insider können inzwischen in bestimmten Fällen nicht mehr unterscheiden, wer nun eigentlich von wem liquidiert wurde. Dies ist ein für Kolumbien relativ neues Phänomen.

Warum diese Liquidierungen oder Morde? Wegen "Verrat"? Was wurde verraten? Militärische Einsatzpläne, Namen? Vermutlich schlimmer: Das, was ich politische Strategie nenne und sich als Alleinvertretungsanspruch oder Führungskonzept der Guerilla zusammenfassen läßt. Das ist nichts Neues und beschränkt sich auch keineswegs auf eine einzige Guerillagruppe (und auch nicht auf Kolumbien). Das aktuelle Ausmaß dieser Konsequenzen für jegliche Basisorganisation legt lediglich in erschreckender Weise den Kerngehalt bloß; Konsequenzen für Basisorganisationen, die massenhaft und auf selbstbestimmtes, demokratisches Handeln angelegt sind.

Es ist zum Beispiel eine Mär zu glauben, die moskauorientierte Guerilla FARC halte still. Abgesehen von Scharmützeln mit dem Militär zeichnet sich diese Gruppe für den Tod von vielen Indianern im Departament Cauca verantwortlich, verhindert mittels Waffengewalt oder Todesdrohungen, daß Indianer Land von Großgrundbesitzern besetzen. Fast der gesamte Führungskader der Indianerorganisation CRIC muß sich mittlerweile im Untergrund verstecken, nicht zuletzt weil die 'Genossen' der entsprechenden "frentes" der FARC mit konkreten Mordaktionen gegen sie gedroht haben! Eine

beinahe beliebig verlängerbare Liste dieser Art (einschließlich Gefechten zwischen rivalisierenden Guerillagruppen um politisches und geografisches Terrain) ließe sich anfügen, die doch vom selben Grundton gefärbt ist: Die Guerilla bzw. jeweilige Gruppe läßt keinen Raum für unabhängig von ihr sich realisierende politische Projekte zu.

Und M-19? Ermuntert diese Gruppe nicht geradezu zum Aufbau von eigenständigen Volks- oder Basisorganisationen? Versucht, die Leute auf grund ihrer konkreten Probleme zu organisieren? Oder formuliert man treffender: Erstreckt und beschränkt sich die Eigenständigkeit auf die "Probleme" und die Form wird vorgegeben? Diese Form der Organisation ist fast immer von Waffen geprägt und zeichnet damit auch die Art der Konfrontation mit dem Staat, dem Adressaten des Kampfes, vor.

Ob bewußt oder unbewußt: diese Kämpfe und insbesondere die Besetzung und blutige Räumung des Justizpalastes schreiben das Militär in einer Position praktisch fest, die politisch (noch) garnicht gegeben ist und von der zurückzutreten das Militär sich ohne Gesichtsverlust nicht leisten kann (und zur Zeit ja auch gar nicht will). Umgekehrt: je offener und brutaler die repressiven Organe des Staates vorgehen (und gegen - unbewaffnete - Basisorganisationen ist man ja seit jeher am effektivsten), desto eher legitimiert sich ein Guerillakampf, desto polarisierter treten sich die politischen Fronten gegenüber, lassen Alternativen nicht mehr zu.

Ich kann es für mich drehen und wenden wie ich will: Hinsichtlich Guerilla und staatlicher Repression ende ich ständig - im wahren Sinne des Wortes - an einem toten Punkt. Ich will das Vorangegangene aber nicht als Wehgeschrei verstanden wissen, auch wenn ich beim Schreiben von meinen Bekannten unter den Toten und der gesteuerten Hoffnungslosigkeit nicht abstrahieren kann und will. Ich halte es für eine Notwendigkeit, in der Solidarität zu und mit Kolumbien auch den Versuch zu starten, die Sprachlosigkeit gegenüber Guerilla und deren Konzepte zu überwinden. Ich bin nicht der erste, der entdeckt, daß das, was die Linke nicht besetzt, der Reaktion zufällt. Und vermutlich bin ich auch nicht der Einzige, dessen Assoziationskette 'bewaffnete Befreiung - Guerilla' zerrissen ist.

Für Ende April 1986 ist in Frankfurt/M. ein Seminar zu Kolumbien geplant. Vielleicht finden wir spätestens dann konkrete(re) Ansätze, wie wir mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln dem schönen Satz aus dem Bericht in LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 143 Inhalt geben können: "...dem so dringend notwendigen demokratischen Spielraum..., der für eine Erneuerung der politischen Kultur, für die Entwicklung friedlicher politischer Auseinandersetzungsformen unerlässlich ist."

Mit solidarischem Gruß

Brief aus Kolumbien

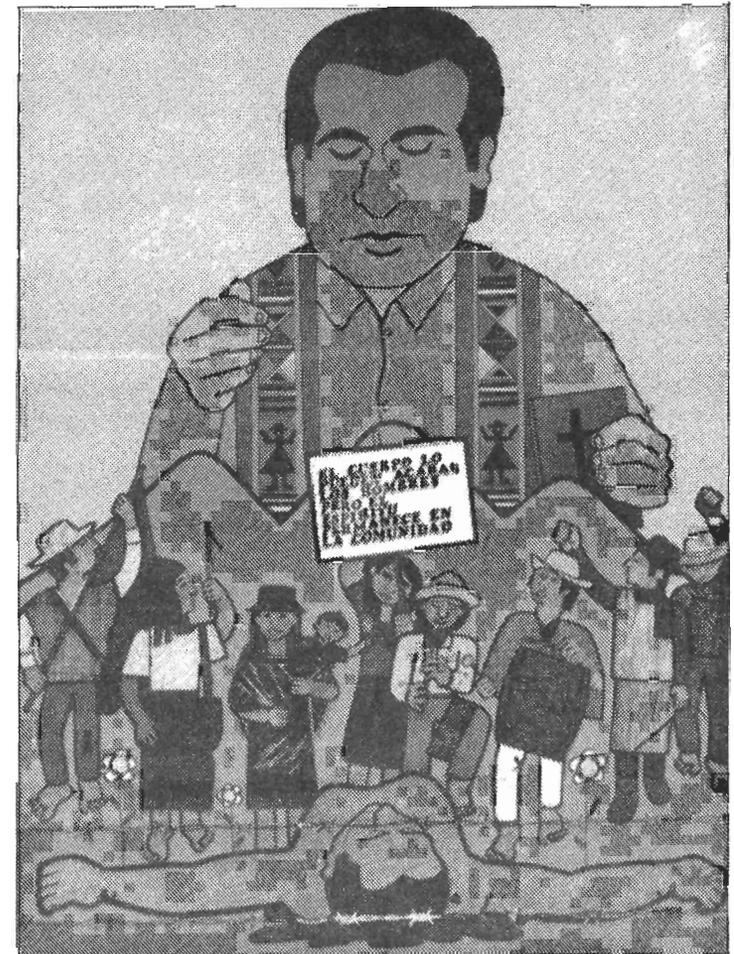
IN DEN NOVEMBER PASST KEIN WEITERER TÖTER - NICHT EIN EINZIGER!

Erst das Massaker des Justizpalastes: einverstanden, die Aktion von M-19 war unverantwortlicher Schwachsinn. Sie können - als politisch Denkende - nicht viel Verständnis erwarten, wenn sie einen Teil des Staates geiseln. Aber die Reaktion der Militärs nimmt einem die Worte: da wird einfach rücksichtslos alles niedergemacht, um zu "siegen". Als schlug man einen Kopf ab, weil er Läuse hat! - Und vieles Eigenartige noch dazu: Verfassungsrichter wurden beim Verlassen des Palastes fotografiert, stiegen in ein Militärauto und wurden dann tot im Palast gefunden. Und die Besetzung war angekündigt, aber es gab überhaupt keine Sicherheitsmaßnahmen.

Und der Vulkanausbruch: der Termin stand fest, Regierung und Behörden wußten Bescheid, es war auch vorhergesehen, daß heiße Asche den Gletscher schmilzt und dann die Flüsse überschwemmen und die Stadt Armero mit sich reißen. 7 Stunden vorher haben Bewohner gemeldet, daß es heiße Asche regnet - keine Reaktion der Behörden. Der Pfaffe schickte nach der Messe die Leute ins Bett: Schlaft man ruhig und vertraut auf Gott - setzte sich ins Auto und verpisste sich. - Die Berichte und Bilder waren einfach grauenhaft - nach 2 Tagen habe ich mich geweigert, Nachrichten zu hören. Aber es macht so wütend, so wütend und man fühlt sich so ohnmächtig gegen diese Menschenverachtung. Als zählt das Leben gar nichts - aber es zählt ja auch nichts in dieser Gesellschaft. Und zur gleichen Zeit: Guerilla mordet Angehörige anderer Gruppen: gestern lagen Peking-orientierte EPL und Moskau-orientierte FARC im Gefecht: ca. 30 Tote; die Dissidentengruppe der FARC Ricardo Franco ermordet Abgeordnete und Mitglieder der KP wegen 'Verrats'; die ELN brachten den Abgeordneten einer Volksbewegung um, den ehemaligen ELNer Ricardo Lara Parada, auch wegen 'Verrat'. FARC und Indianerguerilla Quintin Lame bringen Viehdiebe um, weil man eben nicht stiehlt. FARC bringt Laienhelfer um, weil sie der EPL Essen bringen. Vorgestern: in den Vierteln im Südosten von Cali lagen M-19 und Militärs zwei Tage lang im Gefecht: 33 Tote: 10 Guerilleros, 10 Militärs und 13 Zivile, außerdem eine lange Liste von Verletzten. Vor 3 Monaten: 11 jugendliche M-19-Leute, die in einem Nachbarviertel einen Milchwagen entführten und die Milch verteilten, wurden von der Polizei gefasst, mußten sich auf den Boden legen und wurden vor den Augen der entsetzten Nachbarn abgeknallt.

Es passt einfach kein Töter mehr rein in diesen November - und es gibt keine Bewegung, die genug Leben hat, um diesem Morden Einhalt zu gebieten. Die Volksbewegung ist so schwach und

zerrüttet! In diesen Tagen habe ich so viele Leute gesprochen, die die Hoffnung verloren haben, die seit langem den Boden unter den Füßen verloren haben und schwimmen - nicht untergehen, aber auch keinen Boden finden. Manchmal schlagen die Wellen über unseren Köpfen zusammen, aber noch gehen wir nicht unter. Aber es ist, als sei uns das verloren gegangen, was uns vor den Schlägen schützte. Wir wissen nicht, was eigentlich weg ist, - und Schläge gab es immer - aber irgendwie sind wir schutzlos. Plötzlich ist es, als sei ein Teil von uns im Justizpalast erschossen und verbrannt, ein Teil in Armero verschüttet, ein Teil wird jeden Tag gemordet.



Den Körper können sie töten, aber der Geist überlebt in der Gemeinschaft

SOLIDARITÄT

Stellungnahme

ZUM ARTIKEL IN LN 143: NICARAGUA, NOTSTAND MIT VIELEN ???

Die Verhängung des Notstandes hat uns bedeutend weniger Probleme bereitet, als eure polemischen Bemerkungen darauf. Es geht nicht darum, solidarische Kritik an der sandinistischen Revolution zu unterdrücken, aber eben, sie muß solidarisch sein. Einige Punkte gilt es in diesem Zusammenhang als gegeben hinzunehmen, auch wenn sie nicht dem anfänglichen Projekt der Sandinistas entsprechen. So gab es kaum ein Land, das fähig war, den Lebensstandard der Arbeiter/innen und Bauern/Bäuerinnen zu heben, angesichts einer dermaßen starken imperialistischen Aggression. Es ist dann fraglich, ob eben diese Klassen erkennen, daß ihre einzige Chance die Revolution ist, oder ob sie eben zu streiken beginnen und damit der geschwächten Wirtschaft noch mehr Schaden zufügen. In diesem Zustand ist jeder Streik objektiv gegen die Interessen der Revolution und die Frage ist, welche Mittel angewandt werden, um diese Streiks zu beenden. In dieser Beziehung legen und legen die Sandinistas und damit der Großteil des Volkes eine bewundernswerte Geduld an den Tag. Wenn sie nun angesichts der imperialistischen Aggression dermaßen an die Wand gedrängt sind, daß gewisse immaterielle Menschenrechte eingeschränkt werden müssen (das erstaunliche ist, daß so lange zugewartet wurde), so gilt es, dies offensiv zu vertreten und die Ursachen anzuprangern. Wenn sozialdemokratische und humanitäre Kreise angesichts gewisser Einschränkungen der immateriellen Menschenrechte ihre "Solidarität" aufkündigen, so zeigt dies nur, wie wenig sie von der revolutionären Wandlung verstanden haben und welch eurozentristischen Standpunkt sie nach wie vor einnehmen.

Leute, die der Revolution nach wie vor solidarisch gegenüberstehen in diesem Zusammenhang als blinde Schar von Gläubigen zu bezeichnen, wirkt hier geradezu demobilisierend und gerade das gilt es heute mehr denn je zu verhindern.

Mit solidarischen Grüßen

Nicaragua - El Salvador - Komitee Zürich, 30 Leute umfassend

Bloß die Solidarität ..

Am 4. Januar 1986 stand in der FR zu lesen, in Managua würden die Löhne erhöht, und zwar so drastisch wie nie zuvor. Die unteren Einkommen erhalten demnach bis zu 58 Prozent mehr Lohn, die oberen bis zu 100 Prozent; die Inflation betrage 200 % und man wolle vor allem die mittleren Einkommen fördern. Der Mindestlohn in Nicaragua beläuft sich derzeit auf 7 100 Cordobas, der höchste Lohn auf 56 000.

Wer sich hierzu einige Gedanken macht, stellt fest, daß der Mindestlohn umgerechnet bei 10 US Dollar liegt (die FR gibt den Kurs mit 750 an, auf dem Schwarzmarkt liegt er höher) und daß ein höherer Angestellter keine hundert Dollar nach Hause bringt. 1979 entsprach der Mindestlohn ca. 50 Dollar und ein Akademiker verdiente 500 Dollar.

Dies ist eine von vielen Hiobsbotschaften aus Nicaragua. Eine weitere aus der allerjüngsten Vergangenheit meldete die TAZ am 24.12.85, derzufolge die neugegründete prosandinistische Indianerorganisation MISATAN nicht mehr bereit ist, mit der Regierung zusammenarbeiten und den Landsleuten von der Pazifikküste vorwirft, sie weitgehend zu manipulieren. Es gelang den Sandinisten also nicht, sich mit den Miskito-Indianern an der Atlantikküste über die Autonomiefrage zu einigen.

Wer derlei Informationen oder solche, wie sie in LN 143 unter dem Titel "Notstand mit vielen ???" zu lesen waren, etwa in Veranstaltungen weitergibt, zieht Unmut auf sich und bekommt zu hören, daß solche Informationen einseitig seien, da sie den Nicaraguanern und der Solidaritätsbewegung schaden. Diese lebten nun einmal von Utopien, Hoffnungen und Illusionen, die jede Revolution notwendig brauche und ohne die sich auf der Welt noch kaum etwas verändert hätte. Man erklärt, das Scheitern sei kein Thema, auf eine solche Möglichkeit auch nur zu verweisen, bedeute, etwas herbeizureden, die Bewegung zu bremsen, die doch gerade das Gegenteil brauche. Man verlangt heftig nach positiven Berichten und nicht nach solch pessimistischer Propaganda, die doch nur den Rechten hochwillkommen sei.

Auf den oben erwähnten Artikel in LN 143 erklärt man empört, Kritik habe nur in solidarischer Form zu erfolgen, müsse unbedingt konstruktiv sein. Offen bleibt dabei die Frage, was unter solidarischer Kritik zu verstehen sein soll. Sollen in ihrem Rahmen nur Äußerungen gestattet sein, die die Revolution verherrlichen, so sei die Frage erlaubt, ob nicht gerade die Beschönigungen der Realität besonders schädlich sind.

Wem soll es beispielsweise von Nutzen sein, die Agrarreform in Nicaragua - wie es in zahllosen Schriften der Solidaritätsbewegung der letzten Jahre geschehen ist - als gelungen darzustellen, um dann kurz darauf von den Sandinisten selbst eingeholt zu werden, die zugeben (Envio Nr. 51), daß eben diese Agrarreform unbefriedigend verlaufen sei. Ist es solidarisch der Revolution gegenüber, nichts anderes zu tun als in die Fußstapfen derer zu treten, die die Linie festlegen, die bestimmen, wann ein Fehler gemacht worden, wann ein Schwenk zu vollziehen ist? Ist es wirklich unsolidarisch, Dinge beim Namen zu nennen, die immer offensichtlicher werden?

Diejenigen, die unter "solidarischer" Kritik das Beschönigen der Realität verstehen, machen sich nicht die Mühe, die Vergangenheit der eingehenden Betrachtung zu unterziehen, um aus ihr zu lernen. Bedeutet solidarisch zu sein, immer dieselben Fehler zu machen?

Wer seine Stimme gegen die sogenannte unsolidarische Kritik erhebt, möge sich doch vor Augen und ins Bewußtsein führen, daß es Diskussionen um dieses Thema seit Vietnam schon hundertfach gegeben hat, daß keine "solidarische" Kritik verhindern konnte, daß die Revolutionen in Algerien, Portugal, Chile und vielen anderen Ländern gescheitert sind. War es nicht so, daß jene, die Allendes Sturz für möglich hielten, froh sein mußten, wenn sie nicht wegen Verbreitung US-amerikanischer Propaganda aus dem Saale gewiesen wurden?

Es ist eine Tatsache, daß die keiner unsolidarischen Kritik verdächtige Jubelsolidarität nicht verhindern konnte, daß immer mehr Unterstützer der Solidaritätsbewegung zu "Ehemaligen" werden, daß Veranstaltungen immer weniger besucht sind, daß der Kreis derer, die sich für Nicaragua interessieren, immer enger wird, kaum noch ein neues Gesicht auftaucht. Sind die "solidarischen" Kritiker angesichts der realen Entwicklungen vielleicht nicht sogar unglaubwürdig geworden?

Die Unterstützung von Befreiungsbewegungen erfolgte bisher immer mit dem Mittel ihrer maßlosen Überschätzung. Die jüngste Entwicklung läßt die Furcht begründet erscheinen, daß die sozialistische Bewegung dafür, daß sie diese Strukturen nicht durchschaut und ihre eigenen Spielregeln nicht ändern will, wird bitter bezahlen müssen. In Frankreich und in den USA sind schon jene auf dem Plan, die die ebenso einfache wie wirksame Waffe gegen sie erheben: Sie "enttarnen" die Lügen der Linken seit der russischen Revolution, ihre Manöver, die Beschönigung ihrer Verbrechen von Stalin bis Ana Maria.

Am 2. Januar 1986 stand es in der Berliner Stadtzeitung "Zitty": Die ehemaligen Anti-Vietnamaktivisten Peter Collier und David Horowitz erklären, warum sie inzwischen die US-amerikanische Demokratie dem sowjetischen Totalitarismus vorziehen. An Beispielen dafür mangelt es ihnen nicht. Sie listen die Greuelthaten der Sowjetunion von Afghanistan über Kuba bis Nicaragua auf und ihre Beweisführung gipfelt in der Behauptung "... daß den Sandinisten durch die Anstrengungen der amerikanischen Regierung in den ersten 18 Monaten nach ihrer Machtübernahme mehr wirtschaftliche und militärische Unterstützung geleistet wurde als Somoza in den vorausgegangenen 20 Jahren, und daß diese Hilfe in erster Linie deshalb eingestellt wurde, weil es deutliche Beweise dafür gab, daß in Nicaragua kein politischer Pluralismus mehr bestand."

Natürlich kann man den Artikel allgemein und das angeführte Zitat insbesondere mit der Feststellung unter den Tisch fegen, daß die beiden Männer dafür vom CIA wohl harte Dollars einstecken. Doch das Problem liegt tiefer: Wer weiß wirklich, was in Afghanistan passiert, wer weiß Genaueres über Cuba? Wer traut den Informationen über Mittelamerika, die aus der Solidaritätsszene kommen? So wird schon etwas hängen bleiben von dem, was Horowitz und Collier im "Zitty" zum besten geben. Und dies nicht nur bei denen, die solchen Informationen schon immer den Vorzug gaben, sondern auch bei unseren "Ehemaligen", die die Eindimensionalität der linken Presse langsam müde macht: Weil man ja weiß, daß die Linken ihren eigenen Begriff von Wahrheit haben.

BRD

WISSENSCHAFT IM DIENST DER WIRTSCHAFT:

Ende oder Wende für das Lateinamerika-Institut?

Die rotierenden Messer des Wissenschaftssenators Wilhelm A. Kewenig (CDU), die in Form eines Gesetzesvorschlages zur Re-Reformierung des Berliner Hochschulgesetzes durch die hiesige Universitätslandschaft greifen, drohen dem Lateinamerika-Institut (LAI) der Freien Universität den Lebensnerv zu zerschneiden: die Schließung oder zumindest die Einstellung der Lehre stehen bevor.

Unser Bericht stellt die Arbeit des LAI vor, zeichnet die miesliche Personalentwicklung der letzten Jahre nach und informiert über den aktuellen Überlebenskampf des Instituts. Der Autor ist Hauptfachstudent der Lateinamerikanistik und freier Journalist.



Studentenprotest mit 'Polizeischutz' (Foto:Castritius)

2.12.85: Im Verlauf einer Asta-Diskussion über die Neufassung des Hochschulgesetzes für Berlin sehen sich die Wissenschaftler des LAI mit einer persönlichen Diffamierung konfrontiert, die die Härte der Bandagen im Kampf um die Einflußnahme auf das Institut erkennen läßt. Senator Kewenig: "Jeder in der wissenschaftlichen Welt wird unseren Eindruck bestätigen, daß die Qualität der Arbeit an diesem Institut, und zwar in allen drei Bereichen, Forschung, Ausbildung und Weiterbildung, nicht den Status und den Qualitätsgrad erreicht, den es erreichen müßte." Die Altamerikanisten Erwin Frank und Jürgen Golte reagierten prompt mit einem deutlichen Schreiben an den Wissenschaftssenator und Juristen Kewenig, verbunden mit der Aufforderung um Entschuldigung, da sie sich unbegründet und unbelegt öffentlich in ihrer Arbeit diskreditiert fühlten. 'Natürlich' seien die unbestreitbaren Leistungen der Altamerikanisten nicht gemeint gewesen, ließ die Senatsverwaltung antworten.

Das LAI wird keinesfalls in der "wissenschaftlichen Welt" gering eingeschätzt. Mitarbeiter des Instituts sind gefragte Gutachter, Sachverständige, Referenten und Diskussionsteilnehmer, so weit, daß nicht alle Angebote wahrgenommen werden können. Die Palette der Anfragen reicht von der GTZ bis zum DED, von "Casa de las America's" bis zur UNO. Zahlreiche Forschungsvorhaben erhalten Drittmittelunterstützung, die jährlichen Publikationen füllen Büchertische. Ein offener Brief der Institutsvollversammlung, der um Unterschriften gegen die Schließung bittet, hat schon nach wenigen Tagen Reaktionen aus Lateinamerika und Afrika, nahezu dem gesamten westeuropäischen Ausland sowie aus Ungarn und der CSSR provoziert. Lateinamerikabezogene Forschungseinrichtungen, Archive und Organisationen wie z.B. das "Institut des Hautes Etudes de l'Amérique Latine", Paris, das "Centro Regional de Yucatán del INAH", Mexico; das Iberoamerikanische Forschungsinstitut im Romanischen Seminar der Uni Hamburg oder die Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, dokumentieren ihre Solidarität und verweisen damit Kewenigs pauschalen Angriff in das Reich der Phantasie und der 'gespaltenen Zunge'.

WAS DAS LAI IST UND WIE ES WURDE, WAS ES IST

1970 wurde das LAI als interdisziplinäres Zentralinstitut der Lehre und Forschung über Lateinamerika gegründet.

Dieser Aufbau entsprach dem veränderten Verständnis vom Hochschulstudium als fächerübergreifende Ausbildung aus der Blütezeit der Studentenbewegung.

Einzigartig für die Bundesrepublik können hier Altamerikanistik (Geschichte, Ethnologie, Archäologie, Sprach- und Kulturwissenschaft des indianischen Amerika) sowie Lateinamerikanistik (Literatur und Sprachen) als Magisterhauptfach mit Promotionsmöglichkeit absolviert werden. Als Wissenschaftler und Dozenten arbeiten in der Altamerikanistik Jürgen Golte, Berthold Riese und Erwin Frank, in der Lateinamerikanistik Ineke Phaf, Ulrich Fleischmann, Rafael Camacho und Berthold Zilly. Die Professorenstelle ist seit dem Tod von Alejandro Losada vor einem Jahr vakant. Verschiedene Fächer sind Tür an Tür vertreten: Soziologie (Urs Müller-Plantenberg, Renate Rott, Volker Lühr, Thomas Hurtienne); Wirtschaftswissenschaften (Manfred Nitsch, Barbara Töpfer); Geschichte (Reinhard Liehr) und Politologie (Ignacio Sotelo, Leopoldo Marmora). Diese Interdisziplinarität eröffnet den 700 Lateinamerikanistik und 300 Altamerikanistik Studenten die Chance, über den Rand ihrer Fächer hinaus die kulturellen, sozialen und ökonomischen Zusammenhänge des Kontinents zu studieren. Die zahlreichen Kontakte des LAI zu Personen und Organisationen in Lateinamerika und Europa eröffnen oft schon während des Studiums Berufsperspektiven. So wurde beispielsweise im Januar '86 der LAI-Absolvent Erich Süßdorf als DED-Beauftragter nach Nicaragua entsandt.

Die jetzt vom Wissenschaftssenator geplante Rückverlagerung der Erstausbildung in die Fachbereiche Romanistik bzw. Ethnologie/Alttertumswissenschaften hätte den Verlust solcher Kontakte und damit die Einschränkung der Berufschancen zur Folge. Der wissenschaftliche Ansatz ließe sich nicht weiter realisieren.

AUSZEHRUNG

Die Beschneidung des LAI beginnt nicht erst mit dem Entwurf eines neuen Hochschulgesetzes, in dem die Zentralinstitute nicht mehr vorgesehen sind.

Die Auszehrung der Personaldecke wird seit langem beklagt. Die Geschichtswissenschaften warten vergebens auf eine Professur, die Geowissenschaften wurden gar nicht erst eingerichtet. Die Brasilianistik-Professur steht brav im Strukturplan der FU, wurde aber ebenso wenig ausgeschrieben wie die seit dreizehn Monaten vakante Lateinamerikanistik-C4-Stelle. Kewenig blockiert diese Stellen unter Hinweis auf eine "Beraterkommission für die Weiterentwicklung des LAI", die er ohne Rücksprache mit der Univerwaltung eingesetzt hat.

Deren Gutachten sollte im Dezember vorliegen; man wartet bis heute vergebens darauf. Unter den Gutachtern findet sich obskurerweise nur ein Lateinamerikanist und kein einziger Altamerikanist (!). In Gesprächen wurden visionäre Vorstellungen der Kommission von einem computerisierten Mammutinstitut laut, das keine Lehraufgaben mehr erfüllt, sondern sich näher an den Bedürfnissen der Wirtschaft orientiert.

DAS KRIEGSBEIL IST AUSGEGRABEN

Die Lateinamerikanisten wehren sich gegen die Rückverlagerung zu den Romanisten, um weiter aus lateinamerikanischer Sicht ihr Fach zu betreiben und nicht in kolonialer Art und Weise durch die Brille der Hispanistik die ibero-amerikanische Literatur betrachten zu müssen. Der Widerstand hat das Institut aufgerüttelt, es zeigt sich in vorher nicht gekannter Einigkeit. Kewenig, der bei einem Besuch vor Jahresfrist noch ausgesprochen positiv auf die Lateinamerika-Forschung an der FU reagiert hatte, wurde das Kriegsbeil ausgegraben und vor die Füße geworfen.

Die Taktik des Senators ist ebenso geschickt wie verwerflich: Zunächst trocknete er das LAI jahrelang aus, um dann eine Kommission die katastrophale Lage der Lehre begutachten zu lassen. Der sicherlich negativ ausfallende Bericht soll ihm dann das Dynamit für die Sprengung des Instituts liefern.

Die Betroffenen des Instituts stellen dem Forderungen nach der lange überfälligen Besetzung der notwendigen Stellen sowie bessere technische Ausstattung gegenüber, damit wieder eine studienordnungsgemäße Lehre gewährleistet werden kann. Erst im Mai '85 erarbeitete eine Studenteninitiative der Lateinamerikanisten ein 28-Seiten-Papier mit Verbesserungsvorschlägen.

Die aktuelle Situation ist von Widerstandsaktionen gegen die Schließung geprägt. Offener Brief, Pressekampagne, Demonstration und Sondierungsgespräche stehen auf der Tagesordnung. Am 4. Februar sind Parteivertreter sowie Kewenig zu einer Podiumsdiskussion im Rahmen eines Tages der offenen Tür eingeladen (Programm siehe folgende Seite)

EINLADUNG

TAG DER OFFENEN TÜR AM LAI

Dienstag, den 4. Februar 1986
Rüdesheimer Str. 54-56 1/33Berichte über die Arbeit in Lehre und Forschung

Programm:

- 9:15-10:00 Kultur und Demokratisierung in Brasilien.
HS 201, Leit.: B.Zilly (Brasilianistik)
Das Amazonienprojekt
HS 214, Leit.: Th.Hurtienne (Soziologie)
u. E.Frank (Altamerikanistik)
- 10:15-11:00 Kulturelle Produktionsweisen
HS 201, Leit.: U.Fleischmann u. I.Phaf
(Lateinamerikanistik)
Proálcool in Brasilien
HS 214, Leit.: M.Nitsch (Wirtschaftswiss.)
- 11:15-13:00 Trennung von Lehre und Forschung? Die Uni-
versität in den achtziger Jahren. Disk.
HS 201, Leit.: V.Lühr (Soziologie)
- 14:15-16:00 Interdisziplinäres Studium am LAI: Vor-
schläge und Perspektiven
HS 201, Leit.: Studenteninitiative
- 14:15-15:00 Das Sparkassenprojekt in Peru
HS 214, Leit.: M.Nitsch (Wirtschaftswiss.)
- 15:15-16:00 Die Dritte Welt vor der Tür?
HS 214, Leit.: V.Lühr (Soziologie)
- 16:15-17:00 Migration in Peru
HS 201, Leit.: J.Golte (Altamerikanistik)
Frauenarbeit im Entwicklungsprozeß
HS 214, Leit.: M.Braig u. R.Rott (Soziol.)
- 17:15-19:00 Die Novellierung des Berliner HGs: Aus-
wirkungen für die Zentralinstitute.
Diskussion mit Abgeordneten
Th.: Tolksdorf (FDP), Kremendahl (SPD),
Schramm (AL), Schütze (CDU-angefr.), Vertr.
des FU-Präsidialamtes u. Mitgliedern des LAI
HS 201, Leit.: M.Castritius
- Zusätzlich finden in den Räumen des Institutes Aus-
stellungen statt.

REZENSIONEN

Frauenblicke

ZEICHNUNGEN UND KARIKATUREN VON UND ÜBER
FRAUEN AUS LATEINAMERIKA
AG SPAK, MÜNCHEN, 1985

Eine außergewöhnliche Publikation sind die **Zeichnungen von und über Frauen in Lateinamerika - FRAUENBLICKE**, die kürzlich erschienen. Die Autoren sind zwei Künstlerinnen und zwei Künstler. Sie haben unterschiedliche Vorbildung (Malerei, Architektur, Film) - und Erfahrungen - eine Künstlerin stammt aus Deutschland, lebt aber wie die übrigen seit langem in Peru.

Das Elend lastet letzten Endes auf den Schultern der **Mütter**, die ihre Kinder durchbringen wollen. Marisa Godinez hat dies in einer Bildersequenz einfach dargestellt: alltägliche Gleichgültigkeit "der Gesellschaft" und dann Almosen, wenn es schon zu spät ist.

Falschheit des vorgegaukelten Frauenideals angesichts der Überlebenskämpfe der **Straßenhändlerin**. Carlos Tovar Samanez' Bilder sind ein Zeugnis von ihrer Verfolgung durch die Polizei.

Handfeste Bilder über den Alltag zahlloser Frauen, die stellvertretend für die Mehrheit Widerstand gegen Tod und Unterdrückung leisten - dazu nicht mehr fähig sind - auf wenig Raum ... so vermittelt, daß es jeder versteht. Das sind die Probleme der Frauen in Peru (Ecuador, Kolumbien ...) - der Frauen aus dem Volk. Sie werden dargestellt in Comics, Karikaturen, daß man weiterschauen will, betroffen wird, versteht.

Einzelne Gruppen der abhängig beschäftigten Frauen werden in den Zeichnungen besonders häufig dargestellt, so z.B. die **Hausangestellte**, zu Recht, denn diese soziale Gruppe ist in vielen Ländern größer als z.B. die Arbeiterklasse.

Carlos Tovar Samanez schildert das Unglück der Indiotochter als Dienstmädchen, verzweifelt, von einem Mann betrogen - mit Kind noch chancenloser -. Viele Episoden wurden gezeichnet, die die dramatische Inkommunikation der Mittelklassefrau mit der Hausangestellten wiedergeben. Es gibt nicht "die" Frauenfrage - das wird klar. Was da subtil an Kulturen, Klassendünkel und karitativem Mißverstehen aufeinanderprallt, wissen die Künstler(innen) hervorzukehren.

Man gewinnt den Eindruck, als könnten hier Lehrer und Schüler anhand dieser Zeichnungen beginnen, die komplexen Probleme lateinamerikanischer Gesellschaften - ausgehend von der Frauenfrage - zu debattieren. Schade allerdings, daß außer den Hinweisen auf die SPAK-Bücher keine 'gezielten' Bücherhinweise zur weiteren Diskussion der Themen angegeben werden.

Die **Prostituierte**, verzweifelter Weg der verlassenen Frau, die ihrem Mann traute, Carlos Tovar Samanez schildert den Alltag ergreifend.

Die Probleme der **Beziehungen** zwischen Paaren bzw. Eltern und Kindern der Mittelklasse werden thematisiert. Die Unfähigkeit von Mittelklassepaaren sieht der Zeichner Juan Acevedo in der zwangsweisen Aneinandergebundenheit durch gemeinsame Wohnung, die keiner allein bezahlen kann, in dem Versuch des **Mannes**, die **Frau** zu beherrschen, ihre Kommunikation mit anderen - per Telefon - zu kontrollieren, und last not least in der Bezugslosigkeit ihrer Beziehung. Auch die Verachtung der Männlichkeit wird von Juan Acevedo thematisiert. Der Mann lebt sie im Raum aus - die Frau wird neidisch. Oder aber die Frau verhöhnt den im Arbeitskonflikt stehenden liebensunfähigen Boss.

Beißender Spott trifft auch den im Umgang mit seinem **Kind** vermeintlich auch so 'progressiven' **Vater** (Juan Acevedo). Aber auch die **Frau** wird in ihrer Unfähigkeit, dem wilden **Kind** gerecht zu werden, gezeigt (Marisa Godinez). Die Erziehung zur Scheuklappensichtweise ist das, was die angepaßte Frau schafft (Marisa Godinez). Das herrschende Frauenbild dringt in alle Sphären ein. Auf Zuneigung kann sie nur klischeehaft eingehen.

Marisa Godinez, selbst Mutter zweier Söhne, schildert die scheinbare **Ausweglosigkeit**, aber auch den Willen von Frauen, zu eigenständigem Leben zu kommen. Seit Jahren arbeitet sie in einem Frauenzentrum mit. Ihre Zeichenfeder wird zum Instrument der Bewußtseinsbildung all jener, die sich in ihren Zeichnungen wiederfinden.

Die Pole der machistischen familiären und der militärischen gesellschaftlichen Unterdrückung sind der Rahmen, der viele Facetten von Frauenblicken einschließt.

Das Buch ist all jenen zu empfehlen, die nicht nur intellektuell sondern auch sinnlich begreifen und vermitteln wollen, was in Lateinamerika geschieht und wie komplex Frauen und Männer dort in Beziehungen leiden, die durch Geschlechter-, Klassen- und Rassenschranken zu Etappen von Leidenswegen werden.

Die Pädagogik von Freire und Makarenko

Antonio Zapero Losada (Spanien), Zur Pädagogik Paulo Freires und A.S. Makarenkos, 360 Seiten, München 1985. Nicht über den Buchhandel erhältlich. Bezug: AG SPAK, (bewußt päd.), Kistlerstraße 1, 8000 München 90

Anton Makarenko und Paulo Freire sind zwei berühmte Pädagogen, die zwei verschiedenen soziopolitischen und historischen Bewegungen angehören und diese auch repräsentieren. Der Autor befaßt sich mit ihnen, weil sie sich mit den Zielen der jeweiligen Bewegung identifizieren und dieses auch in ihrer Pädagogik ausdrücken.

Freires Pädagogik wurde im kapitalistisch-abhängigen Brasilien entwickelt und Makarenkos Pädagogik entstand in der Sowjetunion während des Aufbau des Sozialismus aus einem feudalen System. Die vorliegenden Bedingungen sind für beide Pädagogen grundverschieden, sind ökonomischer, geographischer, kultureller und epochaler Art; dementsprechend verschieden ist auch die Sozialisation ihrer pädagogischen Zielgruppe. Hinzu kommt die unterschiedliche Altersgruppe, Makarenko arbeitete mit Kindern und verwahrlosten Jugendlichen, während sich Freire den erwachsenen Analphabeten zuwendet.

Losadas Arbeit besteht aus zwei Teilen, im ersten werden die theoretischen Voraussetzungen der Erziehungsziele von Makarenko und Freire möglichst authentisch dargestellt, dabei kommen beide Pädagogen oft selbst zu Wort. Im zweiten Teil setzt sich der Autor mit beiden Konzepten kritisch auseinander.

Erziehung begreift Freire als Erkenntnisakt, während es Makarenko vorwiegend um eine moralische Erziehung geht. Makarenko sieht seine wichtigste Aufgabe in der Suche nach Erziehungsgesetzen, um die bereits als richtig erkannten Erziehungsziele zu erreichen. Er geht von Idealvorstellungen aus und glaubt an den Menschen und an das Glück als Ziel des menschlichen Lebens. Der Mensch ist für ihn ein "soziales Ergebnis", das im Zusammenleben mit anderen Menschen existiert. Makarenko verlangt die Veränderung der Gesellschaft hin zu einer Gesellschaft, die sich als Kollektiv begreift und als Kollektiv handelt. Die Pädagogik ist für ihn eine Technik um dieses Ziel zu erreichen.

Bei Freire ist der Mensch ein aktives Praxiswesen, das die Welt ständig verändert und sich damit auch selbst verändert. Freires pädagogisches Ziel ist nicht ein vorformuliertes Ideal sondern der Erkenntnisprozeß, der im Dialog mit dem Volk erzielt werden soll. Letztendlich geht es ihm um den Menschen als bewußtes Wesen, der selbst urteilt und selbst darüber entscheidet, was für ihn gut und erstrebenswert ist. In diesem Punkt weichen beide Pädagogen stark voneinander ab: Makarenko hat für das Volk schon vorgedacht und festgeschrieben, während Freire dem Menschen zur Autonomie verhelfen will.

So vergleichend, wie ich eben methodisch vorgegangen bin, macht es der Autor in seinem Werk nicht. Er untersucht beide Pädagogen getrennt, stellt aber beiden dieselben Fragen. Anzufragen wäre hier, ob der Autor mit dieser Methodik beiden Pädagogen mit ihren grundverschiedenen Ansätzen gerecht wird? Auf jeden Fall ist es kein Vergleich, wie die Herausgeber auf einem Werbeblatt schreiben, sondern eine Nebeneinanderstellung bzw. eine Gegenüberstellung beider Pädagogen. Den Vergleich muß der Leser selber vornehmen. Das ist aber nicht weiter schwierig, denn der Autor schreibt verständlich und die Thematik ist relevant.

Losadas Werk wird von der Arbeitsgemeinschaft sozial-politischer Arbeitskreise als Materialmappe herausgegeben. Nun darf man sich diese Materialmappe nicht als Din A 4 - Hefter oder gar als Aktenordner vorstellen. Es handelt sich vielmehr um ein Buch auf Umweltpapier, nicht besonders gut gebunden, aber dafür günstig im Preis. Es kostet nur 40% von dem, was 'normale' Bücher bei gleicher Seitenzahl kosten.



Gewerkschaftsstudien

Luiz Ramalho (Hrsg.): Lateinamerikanische Gewerkschaften zwischen staatlicher Gängelung und Autonomie - Fallstudien zu Argentinien, Brasilien, Chile, Costa Rica, Ecuador und Guayana, Reihe ASA-Studien 6, Verlag Breitenbach, Saarbrücken 1985, 307 S., 26,-DM

In der Reihe ASA-Studien werden Sammelbände veröffentlicht, die auf sehr konkreten empirischen Untersuchungen basieren, die die Autor/inn/en im Rahmen von mehrmonatigen Aufenthalten in der Dritten Welt durchgeführt haben.

Die allgemeine Fragestellung, die allen Beiträgen des Gewerkschaftsbandes zugrunde liegt, ist die nach der veränderten Rolle der Gewerkschaften in einer Situation, in der die Wirtschaftskrise die Lebensbedingungen der Lohnabhängigen massiv verschlechtert hat und zugleich Demokratisierungsprozesse das politische Herrschaftssystem zu verändern scheinen. In den Fallbeispielen zu Argentinien (Borner, Mármora) und zu Brasilien (Berndt) wird deutlich, daß eine Reform des Gewerkschaftssystems ein Testfall für die Dauer und die "Tiefe" der gerade eroberten Demokratie wird. Der Fall Chile wiederum zeigt, daß den Gewerkschaften im Rahmen der politischen Opposition zum Pinochetregime, eine enorm wichtige Rolle zukommt. In dem Beitrag von Brunner zu Chile wird mit Akribie eine Chronologie der politischen Ereignisse in den letzten Jahren aus gewerkschaftlicher Sicht präsentiert. In Ländern wie Costa Rica und Ecuador werden die Gewerkschaften von konservativ-reaktionären Regierungen in die Defensive und an den Rand der Legalität gedrängt. Aber auch dort bleiben sie - trotz ihrer Schwächung - die wichtigste Säule der politischen Opposition. Besonders interessant ist der Beitrag zu Guayana (Rulfs/Pieper), da die Autorinnen den ersten vollständigen Überblick über die Gewerkschaftsbewegung in diesem Land liefern. Sie kommen zu dem Schluß, daß die Gewerkschaftsbewegung, trotz der versuchten staatlichen Einbindung des Gewerkschaftsapparates, eine gewisse Eigenständigkeit behalten hat. Außer den allgemeineren Länderstudien werden einzelne Probleme der Gewerkschaftsbewegung in Lateinamerika an Hand von Fallbeispielen behandelt: die Frage nach innergewerkschaftlicher Demokratie (Argentinien: Borner/Mármora), nach Korporatismus und Arbeiteraristokratie (Argentinien und Brasilien: Casabonne, Berndt, Gasirowski/

Ramalho), nach den Entstehungsbedingungen von Landarbeitersgewerkschaften (Brasilien: Darrêto Souza) und nach gewerkschaftlicher Interessenvertretung gegenüber Agrarmultis (Costa Rica: Schmidt).

Kritisch muß angemerkt werden, daß einzelne Beiträge des Sammelbandes zu lang, zu deskriptiv und zu trocken geraten sind. Trotzdem lohnt sich das streckenweise mühsame Lesen der ASA-Studie 6, da v.a. Leser/innen, die an konkreten Zusammenhängen und Beispielen interessiert sind, viele nützliche Informationen zum Thema Gewerkschaften geboten werden.

Wanderausstellung

FLÜCHTLINGE IN UND AUS GUATEMALA

- IN DER HEIMAT VERFOLGT
- INS AUSLAND VERTRIEBEN

Die Ausstellung zeigt die politische und gesellschaftliche Situation in Guatemala, sie stellt die Angst, Verfolgung und Flucht vieler Guatemalteken dar und berichtet über die Flüchtlingslager in Mexico. Sie besteht aus 13 Tafeln (80x120) und wiegt ca. 100 kg. Dazu gibt es eine Tonbildreihe und Infomaterial. Ausleiher müssen lediglich die Transportkosten übernehmen.

Auszuleihen bei: Lateinamerikakreis
Ev. + Kath. Studentengemeinde
c/o Martin Pilgram
Kosthofstraße 6
8031 Gilching

Zeitschriftenschau

blätter des iz3w, Nr. 130, Dezember 1985

Postfach 5328, 7800 Freiburg

Nachrichten und Berichte: Atombombentests / Naher Osten;

Themenblock: Mikroelektronik und Dritte Welt / Mikroelektronik, Internationale Arbeitsteilung und Differenzierung der 3. Welt;

Außerdem: Singapur - Wohnungen statt Streikrecht / Iran - Ausverkauf des "Schwarzen Goldes" / Warnke auf den Philippinen / Kolumbien - "Tragt dunkle Brillen statt Kapuzen" / Auf dem Weg zur Bombe / Gastfreundschaft auf chilenisch / Was von "Meutereien" in chilenischen Gefängnissen zu halten ist / Leben von Tortillas und Bohnen

Informationsdienst Südliches Afrika, Nr. 8/85, Dezember 1985

Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1

Gewerkschaften in Südafrika

Nach vier Jahren Diskussion und Vorbereitung ist in Südafrika die große Einheitsgewerkschaft gegründet worden. In einem ausführlichen Aufsatz wird die letzte Phase zur Gründung von COSATU analysiert. Dokumentiert wird außerdem die COSATU-Resolution zu Desinvestment und ein Positionspapier von Sactu.

Weitere Themen: Gewerkschaften und Widerstand / Ich arbeite für drei Männer / Verfolgung von Gewerkschaftern / Gewerkschaften gegen Apartheid - Beschlüsse und Meinungsbilder / Kampagne der IGBE-Jugend;

BOLIVIA, SAGO-Informationsblatt, Dezember 1985

Wittenbergplatz 3a, 1000 Berlin 30

Zur politischen Lage: "Pacto por la democracia" / Die Aufteilung des Kuchens / Die Stimmung unter den "Zaungästen" / Die wirtschaftliche Offensive / Das internationale Zinnabkommen

Die Ernährungssituation der Arbeiter in La Paz: zu wenig zum Leben / Auch zum Sterben zu wenig

Projekte: CIAC - Potosi / Rechtshilfe - ein Schritt zur Veränderung

INPREKORR, Nr. 175, Januar 1986

Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 1

Editorial: Hände Weg von Libyen! / Südafrika: COSATU gegründet / Nicaragua: Was ändert der Notstand? / Jetzt haben wir Arbeitermacht / Militärisch siegreich, ideologisch in der Defensive / Dialog Solidarność-Sandinisten? / Polen: Nationale Versöhnung oder Arbeiteropposition / Brasilien: Wahlerfolge der PT

AIB, Nr. 1-2, Jan./Feb. 1986

Liebigstr. 46, 3550 Marburg

Libanon: Die Umverteilung der Macht / Programm der Front der Nationalen Allianz / Israel/Palästina: Verschärfte besetzerpolitik unter Peres / Argentinien: Grenzen der Demokratisierung / Kolumbien: Friedensprozeß am Ende? / Thailand: US-Aufrüstung gegen die vietnamesische "Bedrohung" / Sowjetunion und Dritte Welt: Hilfe zum Überleben, Nicaragua und das sozialistische Lager (I) / Kultur: 23. UNESCO-Generalkonferenz, Grenada der Vereinten Nationen?

Sonderheft 1/86: SÜDAFRIKA, Apartheid und Widerstand: Sanktionsfrage / Kollaboration der BRD / Gewerkschaften / Grundsatzdokumente von ANC und UDF / Risse im weißen Lager

Eingegangene Bücher

Unter dieser Rubrik weisen wir auf Bücher und Broschüren hin, die uns - auf Bestellung oder unaufgefordert - von Verlagen zur Rezension zugeschickt wurden. Der Hinweis stellt keine Aussage der Redaktion über die Qualität eines Buches dar. Bei Titeln, die von Kleinstverlagen oder im Selbstverlag der Autoren herausgegeben werden, geben wir die Bezugsadresse an. Alle anderen Titel können von guten Buchhandlungen beschafft werden.

Wir bitten um Verständnis, daß wir aus Gründen der Postgebührenordnung nicht die Preise der angezeigten Bücher abdrucken können.

Helmut Nuhn (Hrsg): **Krisengebiet Mittelamerika**. Interne Probleme, weltpolitische Konflikte. Westermann, Braunschweig, 1985

Guillermo Labarca: **Educación y Sociedad**. Chile 1964 - 1984. CEDLA, Keizersgracht 395-397, NL-1016 EK Amsterdam, 1985

Informationsbüro Nicaragua e.V.: **Krisenregion Zentralamerika**. Costa Rica - El Salvador - Guatemala - Honduras - Nicaragua. Edition Nahua, Wuppertal, 1985

Helmut Thielen: **Agrarreform in Lateinamerika zwischen Ökonomie und Ökologie**. Modellfall Nicaragua. Haag+Herchen, Frankfurt, 1985

Wolfgang Rappsilber (Hrsg): **Feuer in der Dunkelheit**. Gedichte aus der Alphabetisierungskampagne Nicaraguas in deutschen Nachdichtungen und Übersetzungen von Urs M. Fiechtner und Sergio Vesely. AS-Verlag, Tübingen, 1985

Manfred Ernst/Sönke Schmidt (Hrsg): **Demokratie in Costa Rica - ein zentralamerikanischer Anachronismus?** FDCL, Berlin, 1986

Termine

SEMINARE DES AKE-BILDUNGSWERK, VLOTHO

Drei Welten oder eine? - Eine Einführung in entwicklungspolitische Zusammenhänge, 17. - 21. 2. 1986 in Bünde

Funktionswandel der Familie hier und in der Dritten Welt 28. 2. - 2. 3. 1986 in Vlotho

"Heim" - Kehr in die Fremde 28. 2. - 2. 3. 1986 in Bielefeld

Hunger ist kein Schicksal, Hunger wird gemacht 14. - 16. 3. 1986 in Bielefeld

Wir deutschen und ausländischen Frauen: Wie gleich sind wir eigentlich? 25. - 27. 4. 1986 in Siegen

Information und Anmeldung: Arbeitskreis Entwicklungspolitik e.V. - Bildungswerk
Postfach 1109
4973 Vlotho

Sowjetunion und Dritte Welt: Ausbeutung oder brüderliche Hilfe?

Seminar am 18. - 20. 4. 1986 in Syburg bei Dortmund

Information und Anmeldung: Dokumentationsstelle Bewegung Blockfreier Staaten e.V.
Weißenburger Str. 23
4600 Dortmund

* * * * *

ARTE POPULAR - BILDER EINER REGION NICARAGUAS

Ausstellung im Gießhaus, Mönkebergstraße, Kassel
von 22. Februar bis 15. März 1986

Die Ausstellung ARTE POPULAR zeigt eine Fülle von authentischen Bildern und Eindrücken, zeigt die Region und die Menschen, die aktuelle politische Situation, die Arbeit der Kulturzentren und die Möglichkeiten und Schwierigkeiten, unter den gegebenen Bedingungen künstlerisch tätig zu sein. Sie umfaßt Malerei und Kunsthandwerk und wird durch Fotografien und kurze Texte ergänzt.

Die Ausstellung wird auch in Stuttgart (21. 3. - 6. 4.), Bielefeld (11. 4. - 1. 5.) und Wiesbaden (5. - 17. 5.) gezeigt.

* * * * *

Das EXILE-Kulturbüro e.V., Duisburg, unterstützt von der Arbeitsgemeinschaft Kirchlicher Entwicklungsdienste (AGKED) veranstaltet einen **Karikaturenwettbewerb** zum Thema:

DIE HÄLFTE DES HIMMELS

FRAUENALLTAG IN DER MÄNNERWELT

KARIKATUREN UND ZEICHNUNGEN AUS DEN LÄNDERN

Der Wettbewerb läuft bis zum 30. 3. 1986. Teilnahmebedingungen und weitere Informationen bei: EXILE - Kulturbüro e.V.

Niederstr. 5

4100 Duisburg 1

Service Civil International

Deutscher Zweig e.V. / früher: Internationaler Zivildienst e.V. / gemeinnütziger Verein

Oster-Workcamps im In- und Ausland bietet der Service Civil International (SCI) an: Freiwilligenarbeit in Ökologie-, Friedens-, Dritte-Welt-Projekten. Mindestalter 16 (Inland) bzw. 18 (Ausland) Jahre. Sinnvoller Urlaub mit internationalen Kontakten!

Programme und Informationen gegen DM 1,50 in Briefmarken bei: SCI, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1

Tel.: 0228 / 21 20 86/7



Bei uns gibt's Kaffee - und sonst gar nichts. Und den kriegt auch nicht jeder, sondern nur diejenigen, die ihn aus dem Direktimport abonnieren. D.h. ihr habt erstmal nur Nachteile, weil ihr im voraus das Geld bezahlt, damit wir den Kaffeeverkauf ohne Kredite finanzieren können.

Außerdem ist Sandino Dröhnung teurer als Jacobs Krönung. Unser Selbstkostenpreis ist bis Ende Januar 11,-DM/Pfund, danach müssen wir die Preise erhöhen wegen des z.Zt. sehr hohen Rohkaffeepreises. D.h. ab 1. Februar kostet er 13,50DM/Pfund. Dafür bekommen die Produzenten bei uns einen höheren Preis: wir bezahlen für den Rohkaffee 10% über dem Weltmarktpreis. Wir wollen Nicaragua dabei unterstützen, von den Weltmarkt-Konzernen unabhängiger zu werden. Je mehr Leute Nicaragua-Kaffee trinken, desto weniger verdienen die Kaffee-Konzerne.

Die Gewinne denen, die den Kaffee anbauen - gegen die Macht der Kaffee-Konzerne!

Kaffee-Abonnement

Ich bestelle zum fortlaufenden Bezug
...mal 5 kg Sandino-Dröhnung pro Quartal.

Ich bezahle

per beiliegendem Verrechnungsscheck

nach Erhalt der Rechnung

ich habe am bereits DM aufs
Sonderkonto Kaffee, Astrid Reinke, 1000 Berlin 36
PGiroK 147242-100, BLZ 100 100 10 überwiesen.

Ich bezahle

jährlich halbjährlich vierteljährlich

Bei halb- oder ganzjähriger Bezahlung:

Ein mögliches Restguthaben möchte ich

zurückhaben, auf mein Konto

für's nächste Jahr angerechnet bekommen

als Spende für Nicaragua verstanden wissen

Ich zahle für 5 kg Kaffee DM (mindestens aber den
Selbstkostenpreis von DM 135,- pro 5 kg). Für Abonnenten
in Westdeutschland kommen noch DM 5,80 Porto dazu.

Ich möchte für den Spendenanteil eine von der Steuer
absetzbare Quittung.

Ich heiße

ich wohne

telefonisch erreichbar bin ich auch, und zwar

heute ist der

und das ist meine Unterschrift

Mit der folgenden 2. Unterschrift bestätige ich, daß ich weiß, daß ich von diesem Auftrag zurücktreten kann, wenn ich meine Rücktrittserklärung innerhalb 10 Tagen an Euch abschicke.

An: Berliner Kaffeegenossenschaft i.Gr.
c/o Ökotoxia, Gneisenastr. 2a, 1000 Berlin 61

AUTHENTISCHE MUSIK AUS PERU

- SOLIDARITÄTSPROJEKT -

Die Peru-Gruppe München bietet folgende Kassetten an:

- **Life-Musik** aus **Cajamarca** (campesino-Musik aus dem nördlichen Andengebiet) DM 10,--
- Musik der Gruppe **Taklla** (mit Info-Heft) - aus dem zentralen Andengebiet Perus DM 10,--
- Musik der **Mineros** (Minenarbeiter-Musik) DM 10,--
- Susana Baca und Gruppe (schwarze Musik von der Küste Perus) DM 12,--

Mit dem Erlös unterstützt die Peru-Gruppe die Menschenrechtsarbeit in Peru.

Bestellung:

Bitte der Bestellung das Geld einfach in Briefmarken oder als Verrechnungsscheck beilegen - und mit Nennung des Kassettenwunsches - an: Peru-Gruppe München c/o LAK
Maistr. 29, 8000 München 2

andenbuch

Bücher und Schallplatten über und aus Lateinamerika



Nollendorferstr. 21a · 1000 Berlin 30 · Tel. 216 66 06
Mo-Fr 10.30-18.00 · Sa 10.00-13.00 Uhr geöffnet

Noticiero Latinoamericano

Cada semana toda la información Latinoamericana



NOTICIERO LATINOAMERICANO es un periódico semanal de circulación europea. Un completo panorama de la actualidad noticiosa tanto proveniente del continente como originada en Europa. Suscríbese o adquiéralo en las principales librerías y kioskos especializados.-

PRECIO: DM 1,50.-

Redacción, publicidad y abonos: Gonzalo Ramírez, Kath.-Eberhard-Str.6, 8013 HAAR-Tel:(089)4603906; y Héctor Barrientos,Ludwigkirchstr.9-A,BERLIN 15
Tel:(030)8819262